



welche nach Indien fahren, eine Besprechung gehabt. Man will versuchen, eine sichere Route nach Ostindien zu erlangen. Wahrscheinlich wird man den Weg um das Kap der Guten Hoffnung wählen. Bei einigen Direktoren herrscht die Meinung vor, daß die neuen deutschen Maßnahmen besser seien, als sie allgemein erwartet wurden. Aber man müsse erst Zeit haben, sich den neuen Verhältnissen anzupassen.

**Osag, 1. Februar.** (W. L. V.) An der heutigen Konferenz im Marineministerium haben teilgenommen: Der Marineminister, der Seekriegsminister, der Kolonialminister, ferner der Chef des Marinestabes, der Präsident des Niederländischen Ueberseetrakts, Direktionsmitglieder der Dampfschiffahrtsgesellschaften und der Direktor des Reichsgetreidebureau. Man glaubt, daß hauptsächlich über Maßnahmen zum Schutze der Schiffe, die sich unterwegs befinden, gesprochen wurde.

Die Seelandgesellschaft hat auf Anordnung der Regierung ihren Dienst mit England eingestellt.

Das Reichsbureau für die Ausfahrt von Schiffen teilt dem Korrespondenzbureau mit, daß zwei Schlepptanker, die „Boreas“ und die „Witte“, abgeleitet wurden, um den Dampfer „Westendijk“, der sich noch immer mit einer Ladung Regierungsgetreide in Stornoway befindet, nach Holland zu schleppen. Die beiden Schlepptanker sind heute nachts aus dem Rieumse Kanalweg ausgefahren.

**Humboldt, 2. Februar.** Den Fischereifahrzeugen wurde wieder gestattet auszufahren, aber nicht weiter als bis zu Texellingsbank und innerhalb einer Zone von zwanzig Meilen von der Küste.

### Holländische Pressstimmen.

**Amsterdam, 1. Februar.** „Nieuw van den Dag“ befürchtet, daß infolge der gestrigen Note die Spannung zwischen Deutschland und Amerika wieder zunehmen wird, und daß, wenn kein Ausweg gefunden wird, es mit dem Zusammenarbeiten zwischen Wilson und den Mittelmächten zugunsten des Friedens vorbei sein wird.

Das „Handelsblad“ fragt, ob die neue Maßnahme wirklich den Frieden bringe, oder ob sie nicht vielmehr den Krieg ausbreiten wird, durch, daß Amerika in den Krieg hineingezogen wird. Der Kampf würde dann noch heftiger, heftiger und unumschmeichlicher werden. Die Gefahren für alle Länder, vor allem für die feindlichen Nationen, also auch für Holland, würden zunehmen und die Lage noch unheilbarer werden, als sie jetzt schon sei.

**Osag, 2. Februar.** („Frankf. Ztg.“) „Roosbode“ weist auf die Bemerkung Hindenburgs hin, daß die militärische Lage Deutschlands es gestatte, alle Folgen auf sich zu nehmen, die durch den verschärften Landkrieg hervorgerufen werden könnten. Die Aufgabe, die Holland übrig bleibe, sei äußerst begrenzt. Wenn eine Befreiung auf die Gerechtigkeit keine Wirkung mehr habe, stehe Holland schließlich vor der großen Entscheidung. Aber auch der „Roosbode“ spricht sein vollstes Vertrauen zu der niederländischen Regierung aus.

### Spanien „in sehr schwieriger Lage“.

**Madrid, 1. Februar.** (Waldung der Agence Havas.) Die Minister des Auswärtigen, des Krieges und der Marine haben die ganze Nacht gearbeitet und die Folgen der deutschen Note erwogen. Man versichert, daß die Regierung das Parlament sofort verladen werde, um gefährliche Debatten zu verhüten.

Die Zeitungen sehen die Lage übereinstimmend als außerordentlich ernst für Spanien an, dessen Ein- und Ausfuhr ernstlich gefährdet werde.

**Madrid, 1. Februar.** (Waldung der Agence Havas.) Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten hat den Präsidenten der Redervereinigung des Mitteländischen Meeres empfangen, der ihm mitgeteilt hat, die Vereinigung habe zehn Schiffe mit Geschützen unterwegs.

Ministerpräsident Graf Romanones hat nach einer Besprechung mit dem Kammerpräsidenten erklärt, man könne nicht leugnen, daß man in sehr schwieriger Lage sei; die Regierung habe beschlossen, sich von jeder Erörterung fernzuhalten. Im Senat hat der Ministerpräsident dieselben Erklärungen abgegeben wie in der Kammer.

### Die skandinavischen Neutralen.

#### Dänemark.

**Kopenhagen, 1. Februar.** (W. L. V.) Die im Laufe des Tages von Vertretern der verschiedenen Handels- und Schiffahrtsgesellschaften abgehaltenen Beratungen anlässlich der deutschen Note haben zur Folge gehabt, daß die gesamte Ausfuhr von Lebensmitteln nach England sowie aller Schiffverkehre nach England und Frankreich vorläufig eingestellt ist. Ueberall ist die Ansicht vorherrschend, man müsse wegen der neuen Lage eine abwartende Haltung einnehmen.

Der dänische Amerikadampfer „Helligslaf“, der heute von New York nach Kopenhagen abgehen sollte, erhielt brasilianischen Befehl, die Abreise bis auf weiteres zu verschieben. Die dänische Kriegsvericherung hat bis auf weiteres alle neuen Versicherungsabschlüsse abgelehnt. Gleichzeitig wurden die Reeder aufgefordert, ihre unterwegs befindlichen Schiffe zurückzurufen, falls Gefahr besteht, daß sie bis zum 5. Februar in die Sperrlinie gelangen. In der heutigen Geheimnisung des Reichstags teilte der Minister des Außereren zunächst die deutsche Note mit und gab darauf eine Darstellung der neu geschaffenen Lage.

**Kopenhagen, 2. Februar.** Meldung des Reichsausschusses. In der heutigen einstündigen geheimen Reichstags-Sitzung, der alle Mitglieder der Regierung und alle Abgeordneten beizuhören, machte der Minister des Außereren Mitteilung über die gegenwärtige Lage. Er teilte mit, es sei die Absicht des Ministeriums, im Zusammenarbeiten mit den verschiedenen Erwerbsorganisationen dahin zu wirken, daß der Umsatz mit dem Auslande unter den gleichen Grundbedingungen wie bisher aufrechterhalten werde. Die Führer der verschiedenen Parteien erklärten ihre Zustimmung zu dem seitens des Ministeriums vorgeschlagenen Verfahren. Der Minister des Innern gab Ausführungen über die getroffenen oder beabsichtigten Veranstaltungen. Der Volkshingepresident schloß in Uebereinstimmung mit dem Minister des Außereren die Sitzung mit der Aufforderung, der neuen Lage mit würdiger Ruhe und Kaltblütigkeit zu begegnen.

„Nationaltidende“ zufolge waren die Ausführungen auf eine hoffnungsvollere Form gestimmt, als man befürchtet hatte. Die Tagung stand ganz unter dem Eindruck der Rede des Ministers, bei allen herrschte volles Verständnis für den Ernst der Lage, jedoch waren nirgends Anzeichen einer Panik zu bemerken. Nach dem Minister des Außereren ergriff der Minister des Innern das Wort, teilte die im Laufe des Tages von den Vertretern der verschiedenen Erwerbszweige gefassten Beschlüsse mit und deutete die Maßnahmen an, die infolge der neuen Lage notwendig werden könnten, wobei er auch darauf hinwies, daß Dänemark in der gegenwärtigen Lage über verhältnismäßig bedeutende Kohlenvorräte verfüge.

**Kopenhagen, 2. Februar.** (W. L.) Zur Plenarsitzung waren alle Mitglieder der Regierung und fast alle Angehörige beider Kammern zugegen. Wie man dem Korrespondenten der „Telegraphen-Union“ aus parlamentarischen Kreisen mitteilte, war die Rede, in der der Minister des Außereren über die neu geschaffene

Lage einen Ueberblick gab, nicht ganz so pessimistisch gehalten, wie man eigentlich befürchtet hatte. Er teilte mit, es sei die Absicht des Ministeriums, durch Mitarbeit mit den verschiedenen Erwerbsorganisationen darauf hinzuwirken, daß der Umsatz mit dem Auslande auf denselben Grundlagen wie bisher aufrechterhalten werden könne. Die Wortführer der verschiedenen Parteien äußerten ihre Zustimmung zu der vom Ministerium gewählten Politik.

**Kopenhagen, 1. Februar.** „Sozialdemokraten“ schreiben: Die Lage ist natürlich schwierig, aber Dänemark hat es schon früher bestanden, Produktion und Handel den Verhältnissen anzupassen und wird es wahrscheinlich auch jetzt tun können. Es gilt in erster Reihe, Ruhe, Festigkeit und gutes Zusammenarbeiten zwischen Regierung, Reichstag, Bevölkerung und Presse zu bewahren, dann kommen wir auch wohl durch den letzten Teil des furchtbaren Weltkrieges.

**Kopenhagen, 2. Februar.** Die Kriegsvericherungsgesellschaften nehmen bis auf weiteres keine Versicherungsanträge an. In der „Nationaltidende“ macht ein Schiffsrheder den Vorschlag, der Staat solle eventuell die Seevericherungen übernehmen, um die Zufuhren arbeitsverhüten zu lassen.

#### Norwegen.

**Kristiania, 1. Februar.** Die Morgenpresse veröffentlicht unter großen Ueberchriften den Wortlaut der deutschen Seesperre-Erklärung, die, wie „Aftenposten“ schreibt, klar und bis zum äußersten konsequent sei. Sie werde den Verbändmächten Schwierigkeiten schaffen, die man nicht unterschätzen dürfe und wahrscheinlich den neutralen Schiffsraum wegnehmen, solange man nicht auf effektiven Schutz durch Kontor oder andere Mittel rechnen könne.

#### Schweden.

**Stockholm, 2. Februar.** Die schwedischen Blätter enthalten zahlreiche Nachrichten über die ersten Wirkungen der verschärften deutschen U-Boot-Krieges. Nach „Svenska Dagbladet“ hat die Kriegsvericherungskommission beschlossen, alle Versicherungen für Lasten nach England und Frankreich aufzuheben. In Kalmar wurde nach dem gleichen Blatt die Einschiffung von Holz eingestellt. Außerdem ist der Postverkehr Schwedens mit England und Westeuropa seit Donnerstag vollständig unterbrochen.

**Stockholm, 2. Februar.** („Frankf. Ztg.“) Die Reeder bezeichnen im allgemeinen die schwedische Schiffahrt als größtenteils lahmgelegt und die Auslegung aller an der Nordsee fahrenden Schiffe, Dampfer wie Trampdampfer gilt als unausbleiblich.

### Die Schweiz.

**Bern, 1. Februar.** Der Bundesrat hat in außerordentlicher Sitzung sich mit der dadurch geschaffenen schwierigen Lage der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung der Schweiz befaßt. Anschließend an die Sitzung fand eine Konferenz zwischen Vertretern der verschiedenen Departements statt, die sich mit Versorgungsfragen beschäftigten, in welcher im einzelnen die durch die neue Lage notwendig gewordenen Maßnahmen besprochen wurden.

**Bern, 2. Februar.** Die „Zürcher Post“ schreibt über die Stellung der Neutralen zu dem U-Boot-Krieg unter anderem: Von Wichtigkeit für unsere wirtschaftliche Versorgung ist, daß der französische Hafen Teile nicht in der durch die deutschen Sperrmaßnahmen geschaffenen Zone liegt. Diese Ausnahme ist, wie von deutscher Seite ausdrücklich hervorgehoben wird, mit Rücksicht darauf erfolgt, daß die Zufuhr aus den Ländern der Entente nach der Schweiz bisher zum großen Teil über den Hafen Genua geführt worden ist. Genua ist während dieser Kriegszeit der eigentliche Hafen der Schweiz geworden. Man wird mit Genugtuung feststellen dürfen, daß Deutschland auch bei seiner folgenschweren, den Seehandel zur höchsten Erbitterung und Rücksichtslosigkeit steigenden Maßnahme die Rücksicht auf die Schweiz nicht außer acht läßt. Dieses Entgegenkommen ist unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß Deutschland um seiner eigenen, auf das allerhöchste bedrohten Interessen willen heute alles daransetzt, um militärisch und wirtschaftlich bestehen zu können.

Das „Berliner Tageblatt“ erkennt ebenfalls das Entgegenkommen betreffs Genua an und schreibt: „Die heutige Erschwerung des Welthandels dürfte die Entente-Länder derart hart treffen, daß an eine längere Fortdauer des Krieges nicht zu denken ist.“

### Änderung der Ostgrenze des Sperrgebietes in England.

**Berlin, 2. Februar.** Ähnlich. Die Ostgrenze des Sperrgebietes um England ist folgendermaßen geändert worden: Von Punkt 52 Grad 30 Minuten Nordbreite 4 Grad Ostlänge über Punkt 56 Grad Nordbreite 4 Grad Ostlänge nach Punkt 56 Grad Nordbreite 4 Grad 50 Minuten Ostlänge. Im übrigen verläuft die Grenze wie bisher.

### Die Börsen und der U-Boot-Krieg.

#### Großer Kurssturz in New York.

Die Berliner Börse hat auf die Ankündigung des verschärften U-Boot-Krieges am Donnerstag durch eine leichte Hausse geantwortet, die sich sogar auf Schiffahrtaktien erstreckte. Am Freitag ist, als von New York sehr schwache Kurse gemeldet wurden, eine Abschwächung eingetreten, für deren Beurteilung aber wesentlich ist, daß im ganzen gesehen nur die spekulierenden Börsenbesucher verlaufen, nicht das altienbedingende „Substrat“. Auch am Freitag fiel die relativ feste Haltung der Schiffahrtswerte auf, die sich aus den Käufen von Banken und Großindustriellen erklären dürfte. Die Betreibungen der Thyssen und Stinnes auf größeren Einfluß in der Großreederei sind bekannt.

Ein ganz anderes Bild zeigt die New Yorker Börse vom Donnerstag. Man kann vielleicht noch nicht von einer Panik sprechen, aber panikartige Stimmungen treten scheinlich auf. Betslehem-Stahl-Aktien — ein Unternehmen, das vor dem Kriege ziemlich klammerlich gesteuert und durch richtige Lieferungen für die Verbändmächte ungeheuer aufblühte — fielen um 30 Dollar. Vor wenigen Wochen notierten die Aktien noch 660, heute nur mehr 370 Dollar. Vor dem Kriege waren sie freilich für 30 Dollar erhältlich. Auch die riesigen Gewinne des Stahltrucks vermochten den Sturz seiner Aktien nicht aufzuhalten, die 12 Dollar einbüßten. Kupferwerte sanken um 9, Schiffahrtswerte um 13, Bahnen um 3 bis 5 Dollar.

Nicht weniger heftig war die Erschütterung der amerikanischen Warenbörsen. Getreide aller Art wurde aus Furcht vor Verschiffungsschwierigkeiten erheblich billiger angeboten. Auch Baumwolle sank stark. Die Schließung aller Baumwollbörsen für die nächste kritische Zeit ist beantragt.

Aus den Kursrückgängen dürfen nicht ohne weiteres politische Schlüsse gezogen werden, wenn auch der Kurssturz der Wall Street merkenswert genug ist. Am 31. Januar wurden für 100 M. 68%,

am 1. Februar 2 Dollar weniger, 66% Dollar gezahlt. (Friedenskurs von 100 M. 95 Dollar.) Die Börse sieht zuerst die Seeträchtigung des Lieferungsgefühls durch die U-Boot- und die daraus folgende Verminderung der Gewinne. Aber natürlich bilden alle jene, die schwere Verluste erlitten, nicht mit frohen Augen auf die Ursache ihres Unglücks.

Recht schwach war auch die Kauterhamer Börse, was bei den starken Schiffahrt- und Kolonialinteressen der Niederlande begreiflich genug ist. Einen „schwarzen Tag“, wie er im Buche steht, hatte die Kopenhagener Börse, an der bisher die hohen Gewinne der neutralen Schiffahrt zu einer in Anbetracht des Risikos ungeheuerlichen Ueberwertung von Schiffahrtaktien geführt hatten. Die Börse mußte für diese und die nächste Woche geschlossen werden, was nicht weniger als ein Teilmoratorium für die Börsenbesucher darstellt. Die Londoner Börse behauptete die Kurse. Das Ergebnis läßt sich dahin zusammenfassen, daß am wenigsten die Börsen in den kriegführenden Ländern, am meisten die in den neutralen litten.

Im Gegensatz zu New York behauptete sich in Zürich und in Amsterdam die deutsche Währung. Die Mark wird noch immer höher bezahlt als Anfang Dezember. Wie erinnerlich, hat das deutsche Friedensangebot zu einer starken Preissteigerung der Mark geführt, die zwar nicht voll behauptet werden konnte, die aber auch nicht ganz verloren gegangen ist, obwohl das deutsche Friedensangebot nur noch eine geschichtliche Erinnerung ist. Die Deutsche Reichsbank scheint sich die Mahnungen zu Herzen genommen zu haben, die dahin gingen, daß sie mehr für die Festigung des Markkurses im neutralen Auslande tue.

### Wirkungen in England und Frankreich.

Den englischen Pressstimmen liegen uns heute nur kurze Einzelheiten vor. Die die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, antwortet die englische Presse auf die deutsche U-Boot-Note mit Butausdrücken, die vom Reichsausschuss aus schließlich in alle Welt verbreitet werden. Mit größtem Nachdruck verlangt die englische Presse nach den von Reuters weitergegebenen Meldungen Vergeltungsmaßnahmen. Der „Globe“ z. B. fordert Erschießung gefangener deutscher Offiziere für den Fall eines Angriffs auf ein sogenanntes Hospitalsschiff. Die „Westminster Gazette“ bemerkt mit besonderer Heftigkeit: „Das auch unsere Vergeltungsregeln sein werden, sie werden sich nicht gegen Verwundete richten.“ Im übrigen stimmt die englische Presse dahin überein, daß eine sehr schreckensvolle Phase des Krieges bevorsteht.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt weiter: Mit sorgfältiger Aufmerksamkeit, wie es scheint, hat Reuters sofort aus der amerikanischen Presse alles zusammengestellt, was an Stimmen gegen Deutschland vorliegt und den Bruch mit Deutschland verlangt. Da wir vom direkten Nachrichtenverkehr mit Amerika abgeschnitten sind, so fehlt uns zunächst noch die Möglichkeit, die Reutersche Sache im einzelnen nachzuprüfen.

### Die Seesperre-Erklärung in der französischen Kammer.

**Paris, 1. Februar.** Im Senat interpellierte d'Estour-nelles de Constant die Regierung über den Unterseebootkrieg. Er verlangte Vermehrung der Patrouillenschiffe und der bewaffneten Handelsschiffe unter Hinweis auf eine englische Statistik, nach welcher von 78 bewaffneten Dampfern, die angegriffen wurden, 72 entkommen seien, während von 100 nichtbewaffneten nur 7 dem Angriff entgangen seien. Er schloß: Unsere besiegten Geschiffe leisten dem deutschen Seehandel bewundernswerten Widerstand, Senso werden wir auf dem Meere miterliegen. Das hoffendverleibte Opfer unserer Feinde wird sie dem Fluße der Welt preisgeben. (Beifall.)

Marineminister Bocage antwortete, er könne in öffentlicher Sitzung keine vollständige Aufklärung geben, könne aber sagen, daß die Seesperre-Erklärung Deutschlands der allgemeinen Haltung Deutschlands seit Ausbruch des Krieges entspreche, welche alle im Haag feierlich übernommenen Verpflichtungen verletze. Die Deutschen könnten nichts Schlimmeres mehr tun, als sie schon getan hätten. Es gebe keinen Seemann, überhaupt keinen Menschen, der ihre auf See begangenen Verbrechen nicht verdamme. Angesichts der neuen Erklärungen des Feindes werde Frankreich ruhig und furchtlos bleiben. (Beifall.) Der Minister fügte hinzu, daß kein Verteidigungs mittel unbenutzt geblieben sei. In den letzten elf Monaten wären von 51 Millionen Tonnen, die nach französischen Häfen bestimmt gewesen seien, nur 378 000, d. h. 1/13 Prozent, durch Unterseeboote versenkt worden; wenn diese Verhältniszahl künftig ein wenig zunehme, so werde das Frankreich seinen Willen nicht brechen. Das Land werde gewisse Entbehrungen tapfer ertragen und das Heilwunder seiner Seeleute und Soldaten, die ihr Leben für die Verteidigung und Ernährung des Vaterlandes opfereten, noch mehr bewundern. (Einmütiger Beifall.)

Darauf nahm der Senat die einfache Tagesordnung an.

#### Die U-Boot-Kriegsgefahren für die Alliierten.

Von der schweizerischen Grenze, 2. Februar. („Söldn. Ztg.“) In einer Unterredung mit dem Vertreter des Pariser „Journal“ erklärte der italienische Munitionsminister General Dall'Osio: Die Unterseebootstätigkeit werde zu großen Gefahren führen, wenn die Alliierten sich nicht unverzüglich hinsichtlich der zu treffenden Maßnahmen, um sie zu bekämpfen, einigen würden.

### Der Krieg auf den Meeren.

#### 30 000 Tonnen von U-Booten versenkt.

**Berlin, 2. Februar.** (W. L. V.) Von in diesen Tagen zurückgekehrten U-Booten sind 21 Fahrzeuge mit rund 30 000 Briten-Registertonnen versenkt worden. Unter der Ladung der versenkten Fahrzeuge befanden sich unter anderem zirka 7500 Tonnen Kohlen, 5000 Tonnen Erz, außerdem Phosphat und Grubenholz.

Versenkt und gesunken. Nach englischen und französischen Meldungen wurden versenkt: Der spanische Dampfer „Punteno“ (Belagung gelandet), der griechische Dampfer „Aristoteles“ (Belagung in Cobz gelandet), die Segler „Delena“ und „Samuel“, der englische Dampfer „Trevan“, der belgische Dampfer „Euphrates“ (2900 Tonnen), der schweizerische Dampfer „Duncan“ ist auf eine Mine gestoßen und gesunken. Versenkt wurden ferner der norwegische Dampfer „Dandy“ (Belagung bis auf einen Mann gerettet), der Segler „Trevonne“ (drei Mann gerettet, Kapitän und Koch ertrunken), der holländische Dampfer „Edilion“ (Mannschiff gelandet), der englische Dampfer „Ravensbourne“ und der norwegische Dampfer „Gella“. Der norwegische Dampfer „Bardina“ soll versenkt worden sein. Die Segelschiffe „Perit“ und „Wetherill“

## Der im Kanal vernichtete englische Zerstörer.

Entgegen der amtlichen Meldung aus Berlin vom 30. Januar, in der mitgeteilt wurde, daß ein deutsches Unterseeboot im englischen Kanal am 18. Januar einen englischen Zerstörer der M-Klasse durch Torpedoschuß versenkt habe, erklärt die englische Admiralität, daß kein britischer Zerstörer der M-Klasse oder irgendein anderes englisches Kriegsschiff zerstört worden ist, wie von der deutschen Admiralität behauptet wird.

Die wir von zuverlässiger Quelle erfahren, hat der Kommandant des betreffenden deutschen U-Bootes den Torpedotreffer auf den englischen Zerstörer der M-Klasse am 18. Januar einwandfrei beobachtet und den Zerstörer in sinkendem Zustande gesehen.

## Der Fortgang der russischen Ministerkrise.

### Finanzminister Barck's Rücktritt.

Auch Finanzminister Barck geht, wie schon neulich berichtet wurde, in dem Trepow-Strudel unter. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Zürich auf Grund von Pariser Depeschen gemeldet, daß Barck nicht mehr von seinem Urlaub in das Finanzministerium zurückkehrt; er beabsichtigt, wieder in die Wolga-Kama-Bank einzutreten. Der bisherige Gehilfe des Finanzministeriums Nicolaenko übernimmt die provisorische Leitung des Ministeriums.

## Strafbestimmungen für Straßenunruhen in Rußland verschärft.

Kopenhagen, 2. Februar. („Köln. Jtg.“) Dem in Moskau erscheinenden „Nro Rossij“ zufolge beschäftigt sich die russische Regierung zurzeit mit der Verschärfung der Strafbestimmungen für Straßenunruhen, da der Minister des Innern glaubt, schon in nächster Zukunft Gelegenheit zu ihrer Anwendung zu erhalten.

## Die Staatsschulden Oesterreichs.

Die Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrats veröffentlicht eine Nachweisung über den Stand der Staatsschulden Oesterreichs. Danach betragen die Kriegsschulden Oesterreichs am 30. Juni 1916 insgesamt 24,55 Milliarden Kronen.

Davon ist der überwiegende Teil durch die ersten vier Kriegsanleihen durch Begebung in der gesamten Bevölkerung fundiert. Der geringere Teil sind Vorschüsse bei der Notenbank, beim Konsortium der österreichischen Banken und im Deutschen Reich. Bis Ende Juni 1916 waren an vier fundierten Kriegsanleihen 18,61 Milliarden begeben. Das jährliche Zinsenerfordernis für die Kriegsanleihen ist in der Nachweisung mit 10,27 Millionen eingestellt.

Zu den Kriegsschulden von 24,55 Milliarden kommen die übrigen Staatsschulden von 11,47 Milliarden mit einem Zinsenerfordernis von 450,784 Millionen.

Die ganze Staatsschuld Oesterreichs stellte sich Ende Juni 1916 auf 36,02 Milliarden gegen 27,048 Milliarden per Ende Dezember 1915. Das Verzinsungserfordernis bezifferte sich Ende Juni 1916 mit 1478 Millionen gegen 1125,5 Millionen Ende Dezember 1915.

## England leugnet den Mißbrauch von Hospitalschiffen.

London, 31. Januar. Das auswärtige Amt gibt folgende Mitteilung aus: Die deutsche Regierung erklärt, sie habe mehrere schlüssige Beweise dafür, daß feindliche Hospitalschiffe in mehreren Fällen zur Beförderung von Munition und Truppen mißbraucht worden seien; sie gibt weiter an, sie habe diese Beweise auf diplomatischem Wege der britischen und der französischen Regierung vorgelegt, und hat zugleich erklärt, daß der Verkehr von Hospitalschiffen auf den militärischen Fahrstraßen für die in Frankreich und Belgien kämpfenden Streitkräfte innerhalb einer Linie zwischen Wardborough Head und Terzschelling auf der anderen Seite und zwischen Quessant und Landevand auf der anderen Seite nicht länger geduldet werden solle. Die britische Regierung hat noch keine solche Mitteilung auf diplomatischem oder anderem Wege von der deutschen Regierung erhalten, wie behauptet worden ist, und sie stellt mit aller Entschiedenheit in Abrede, daß britische Hospitalschiffe für die Beförderung von Munition und Truppen oder in irgendeiner Weise gebraucht worden sind, die gegen das Haager Abkommen der Hebestragung der Grundzüge der Genfer Konvention auf den Seefriede verstößt. Nach diesem Abkommen haben die Kriegführenden das Recht, Hospitalschiffe zu durchsuchen, und die deutsche Regierung hat bisher einen naheliegenden Weg, im Falle des Verdachtes Abhilfe zu schaffen, von dem sie jedoch nie Gebrauch gemacht hat. Aus der deutschen Mitteilung, daß Hospitalschiffe innerhalb der erwähnten Grenzen nicht mehr geduldet werden sollen, kann nur der eine Schluß gezogen werden, daß es die Absicht der deutschen Regierung ist, neue und noch unaussprechlichere Verbrechen gegen das Völkerrecht und die Menschlichkeit der langen Liste, die ihre Vergangenheit entlehrt, hinzuzufügen. Unter diesen Umständen hat die britische Regierung die Regierung der Vereinigten Staaten gebeten, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß die britische Regierung sich dahin entschieden hat, daß, falls die Drohung zur Tat gemacht wird, sofort von den in Betracht kommenden beteiligten Behörden Vergeltungsmassregeln ergriffen werden sollen.

Die englische Admiralität veröffentlicht gleichfalls eine Erklärung, die mit Entschiedenheit betont,

„daß bei keiner Gelegenheit seit Kriegsbeginn an Bord englischer Hospitalschiffe andere Personen als Invaliden und Lazarettmannschaften eingeschifft worden sind.“

Hierzu bemerkt W. L. B.:

Munitionstransporte werden also nicht geleugnet. Daß England wegen der Truppentransporte nach dem Grundfay handeln würde, si fecisti, nega. (Wenn du's getan hast, so leugne es ab) war vorausgesehen.

## Politische Uebersicht.

### Ein Ruf nach der preussischen Wahlreform.

Prof. Meinecke für „heroische Entschlüsse“. In den „Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung“ (Herausgeber Dr. Heinrich Braun) veröffentlicht der bekannte Historiker Friedrich Meinecke, der auch der konservativen Presse ein willkommener Mitarbeiter ist, einen Aufruf zur

## Englische Vorkämpfe zwischen Armentières und Arras, am Wege Guendecourt-Beaulencourt — Artilleriekampf an Ancre und Somme.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 2. Februar 1917. (W. L. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Armentières und Arras scheiterten zahlreiche Vorkämpfe englischer Aufklärungsabteilungen.

Beiderseits von Ancre und Somme herrschte lebhafter Artilleriekampf. In den Morgen- und Abendstunden rege Tätigkeit unserer Erkunder, die südwestlich von Miraumont und nordöstlich von Le Sars 1 Offizier und 12 Mann aus den feindlichen Gräben holten.

Am Wege Guendecourt-Beaulencourt drangen nach starkem Feuer die Engländer in Kampagnebreite ein. Im Gegenangriff wurde die Stellung gesäubert, eine Anzahl Gefangener blieb in unserer Hand.

#### Seezugsgruppe Kronprinz.

An der Combrès-Höhe und im Willy-Walde kehrten Stoßtrupps aus den zerstörten französischen Linien mit 20 Gefangenen zurück; in den Bogenen brachten unsere Aufklärer 6 Franzosen von einer Unternehmung ein.

An der nördlichen Westfront waren unsere Flieger sehr tätig. Unsere Geschwader machten im englischen Teil Frankreichs wertvolle Feststellungen. Die Gegner kühlten bei Luftkämpfen 7 Flugzeuge ein.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei starkem Frost und Schneefällen keine besonderen Ereignisse.

#### Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Amlich. Berlin, 2. Februar. Am 1. Februar nachmittags hat einer unserer See-Kampfeinsitzer an der holländischen Küste einen englischen Land-Kampfeinsitzer abgeschossen. Das feindliche Flugzeug fiel in unsere Hände; der Flieger, ein englischer Seeoffizier, wurde gefangen genommen.

### Abendbericht.

Amlich. Berlin, den 2. Februar. Abends. An keiner Front besondere Kampfhandlungen.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 2. Februar 1917. (W. L. B.) Amlich wird verlautbart:

Auf allen drei Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, u. Oester. Feldmarschalleutnant.

## Sofortigen Durchführung der Wahlreform in Preußen

Er schreibt: Die Dinge drängen zu heroischen Entschlüssen auf allen Gebieten, um neue Quellen der Macht zu erschließen. Man hat den polnischen Staat aufgerollt und die Bedenken, die man dagegen haben mußte, nicht leichtsinnig vergessen, sondern zurücktreten lassen hinter das Gebot der Stunde. Man hat die Arbeit in den Werkstätten zu einer Ehren- und Zwangspflicht aller arbeitsfähigen Männer in der Heimat gemacht, ohne die wirtschaftlichen Erschütterungen zu scheuen, die sie haben könnte. Hier wie dort bricht man mit alten untauglich gewordenen Traditionen und wagt den Sprung in das Neue. Sollte man ihn nicht da wagen, wo der Sprung schon längst ertönet und wiederholt angeläutet war? Jetzt und gerade jetzt ist der psychologische Moment gekommen, um an die Neuorientierung unserer inneren Politik, voran an die Reform des preussischen Wahlrechts zu gehen und damit nicht nur einen Hauptvorteil unserer arbeitenden Massen zu erfüllen, sondern auch ein neues starkes Band um sie und den nationalen Staat zu knüpfen. Meinecke, der Geschichtsschreiber, preist dann die einigende Kraft des Reichstagswahlrechts:

Man hat sich doch nur zu fragen, wie es gegangen wäre, wenn wir im Reiche statt des jetzigen Wahlrechts das preussische Dreiklassenwahlrecht gehabt hätten. Gewiß, vielleicht wäre es dann nie zu Aufstiegen gekommen, die Regierung hätte in manchen Dingen ein bequemeres Leben gehabt und die durch das Dreiklassenwahlrecht begünstigten Parteien erst recht. Aber eine brennende Langzuredenheit in den Rassen wäre entstanden, mit der verglichen alle bisherige Agitation der Sozialdemokratie harmlos genannt werden kann. Ein fortlaufendes Stöhen, Pöhen und Gähnen von unten, eine in Wahrheit revolutionäre Grundstimmung hätte sich entwickelt. Die Regierung aber hätte die freie Stellung über den Parteien, die sie sich wünscht und die auch wir ihr wünschen, verloren, und wäre unentrinnbar an die konservativen Parteien gefettet worden. Alle schon vorhandenen Gegenstände im Reiche hätten sich verhärtet und verbittert, das Reich wäre nicht zusammen-, sondern auseinandergefallen. Und er fährt, gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht gewendet, fort:

Man darf unter keinen Umständen Einrichtungen aufrecht erhalten, die einem großen Teile der Bürger die Freude am Staate verhallen lassen. Mochten sie notwendig sein, solange die von ihnen Betroffenen sich selber nicht als Bürger des nationalen Staates im vollen Sinne fühlten, so müssen sie nun so rasch wie möglich wegeräumt werden. Den Wahl im Reiche sitzen zu lassen, ist unklar und unrecht zugleich. Oder will man durchaus den revolutionären Stachel des Klassenkampfes, den dieser früher hatte, verewigen? Sollten wir nicht trotz allem, aus dem alten Glanz jetzt endlich herauszukommen? Wir können in Zukunft vor unseren sozialdemokratischen Volksgenossen nicht mehr die Augen aufschlagen, wenn wir ihnen, die in heroischer Anstrengung mit allen übrigen Schichten der Nation gewetteilert haben, auch ferner die politische Gleichberechtigung im preussischen Staatsleben verlangen.

Zum Schluß erklärt sich Meinecke zwar persönlich für das gleiche Wahlrecht, er rechnet aber mit der „Möglichkeit“, daß die Regierung so weit nicht zu gehen wagen wird. (Wo bleiben aber dann die „heroischen Entschlüsse“?) Und so rät er der Regierung, das „Pluralwahlrecht“ nach dem komplizierten Himmelfischen Vorschlag einzuführen. So kommt Professor Meinecke nach einem prächtigen Anlauf doch zu einem schlechten Sprung. Nein, hier hieß es nicht:

Auf halben Wegen und zu halber Tat Mit halben Mitteln zauderhaft zu streben. Sondern es heißt: Ja oder nein, hier ist kein Mittelweg!

## Härteste Drohung. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Der Abgeordnete Scheidemann hat in den letzten Tagen in Südwestdeutschland, so in Heidelberg und Ludwigshafen, öffentliche Vorträge gehalten, in denen er seine Treibereien zugunsten eines Verständigungs in einer womöglich noch bedenklicheren Art als vorher fortsetzt. Wir möchten die Hoffnung nicht aufgeben, daß die jetzt eingetretene Wendung auch Herrn Scheidemann zu größerer Zurückhaltung veranlassen werde. Sollte das nicht der Fall sein, dann würden wir zu unserem Bedauern auch genötigt sein, auf Behauptungen Scheidemanns aus seinen letzten Reden zurückzukommen.

Dem armen Scheidemann wird wohl nun nichts anderes übrig bleiben, als sich in das nächste Maulloch zu verfrachten. Denn daß die „Deutsche Tageszeitung“ auf ihn zurückkommt, das wird er doch nicht riskieren!

Noch eine Stimme vom U-Boot-Krieg. In der „Deutschen Partei“ spricht der Abg. Bachmeister, der den neuen Entschlüssen der Reichsleitung stets ein entschiedener Vorkämpfer gewesen ist, seine tiefe Befriedigung aus. Er schließt:

Ohne genügenden Schwimmbaum gehen die westlichen Entente-Staaten der Katastrophe entgegen. Und dann geht es vor allem für England auf Leben und Tod. Nach menschlichem Ermessen aber ist sein Schicksal besiegelt.

Der neue schweizerische Gesandte in Berlin. Der Schweizer Bundesrat hat als Nachfolger des aus Alters- und Gesundheitsrücksichten zurücktretenden Dr. Claparède als Gesandten der Schweiz in Berlin Herrn Dr. Robert Haas gewählt, den Generaldirektor der schweizerischen Bundesbahnen. Dr. Haas übernimmt die Vertretung beim Deutschen Reich, dem Königreich Bayern und dem Königreich Schweden interimistisch, der Posten eines Generaldirektors der schweizerischen Bundesbahnen wird für ihn offengelassen. Der neue Gesandte steht im Alter von 52 Jahren. Er gehörte früher dem Zürcher Obergericht und der Zürcher Regierung an. Seit 1911 war er Mitglied der Generaldirektion der Schweizer Bundesbahnen als Vorsteher des Rechtsdepartements.

## Letzte Nachrichten.

### Bis zum letzten Franzosen...

Bern, 2. Februar. Unter Wäntern zufolge wurden in der gestrigen Sitzung der Kammer die Artikel 3 und 4 des Nachmüherungsabtrages angenommen, die bestimmen, daß die tauglich Befundenen ihrer Jahresschulden einverleibt werden sollen. Ein Antrag des Abgeordneten Ignace, daß alle, die sich freiwillig für Spezialdienste anboten und eingezogen wurden, neu gemustert werden sollen, wurde mit 226 gegen 222 Stimmen angenommen.

### Die englische Presse lobt.

London, 2. Februar. Reuter verbreitet nach einem ausgesuchten Stimmehor der englischen Presse über die neue deutsche Maßnahme. „Daily Telegraph“ schreibt, daß es nicht zweifelhaft sei, wie die Alliierten nun handeln müßten. Sie werden ihre Blockade verschärfen und keine Mühe scheuen, um dieser Seepest zuvorzukommen. Archibald Durd sagt im „Daily Telegraph“, daß der Kampf gegen die U-Boot-Verfahren ein Kriegproblem sei, welches, was England angehe, jedes andere Problem übersteige. Die „Daily Mail“ meint, das britische Volk habe niemals begreift, daß die Vereinigten Staaten in diesem Krieg verwickelt würden und verlange das auch jetzt noch nicht. Aber es sei schwer anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten sich mit dieser Rolle zufrieden geben würden. Den Deutschen würde es nicht gelingen, England auszulagern. Die „Times“ sagt, es sei allein Sache der amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes, eine Entscheidung über Deutschlands unverschämte Absichten zu treffen. „Daily News“ meint, Deutschlands Zuspruch zu dieser verzweiflungsvollen Methode sei der überzeugendste Beweis für die Lage, in die es gebracht sei. „Daily Chronicle“ will, daß die Alliierten sich über die Strafe für die neue Methode und die dafür in Frage kommenden Personen, welche für den neuen Unterseebootkrieg verantwortlich sind, einigen sollen. Das Blatt wünscht, daß die Alliierten in einer Kollektivnote Deutschland davon unterrichten sollen.

### Ein U-Boot-Erfolg.

London, 2. Februar. Lloyd meldet, daß der norwegische Dampfer „Portia“, 1127 Bruttoregistertonnen, versenkt und die Besatzung gefangen wurde.

### Die Sicherung der neutralen Schifffahrt.

Haag, 2. Februar. Das Korrespondenzbureau erfährt, daß in der gestrigen Konferenz der Meeder mit der Regierung darüber verhandelt wurde, wie man die neutrale Schifffahrt, besonders die nach Indien, in Gang halten könnte, ohne dabei mit den Interessen der kriegführenden Parteien in Konflikt zu geraten. Die Regierung hat sich bereit erklärt, sowohl dazu als auch zum Schutz der in Fahrt befindlichen Schiffe beizutragen, was sie kann. Inzwischen wurde den Reedern empfohlen, ihre Schiffe nicht ausfahren zu lassen, ohne darüber zuerst mit der Regierung beraten zu haben. Die Schiffe der Seemannsgesellschaft werden für den Post- und Passagierverkehr mit England mit besonderen Kennzeichen versehen werden.

Den Kapitänen der niederländischen Schiffe im Ausland und in Niederländisch-Indien wird telegraphiert werden, daß sie bis zum Empfang näherer Instruktionen nicht ausfahren sollen. Was die Schiffe, die bereits unterwegs sind, betrifft, so wird beschlossen werden, der deutschen Regierung Angaben darüber zu machen und sie zu ersuchen, diese Schiffe unbelästigt zu lassen.

### Holländische Schiffe fahren nicht aus.

Rotterdam, 2. Februar. Der Dampfer „Nieuw Amsterdam“ der Holland-Amerika-Linie, der vorgefahren von hier nach New York abgefahren ist, ist heute zurückgekehrt. — Die beiden Schlepper „Warte Zee“ und „Witte Zee“, die den Dampfer „Westerdijk“ aus England abholten sollten, sind nicht ausgefahren.

### Schwedens Kohlenmangel.

Stockholm, 1. Februar. Der Minister des Innern stimmte dem Vorschlag der Staatsbahnverwaltung wegen Einschränkung des Personenverkehrs infolge des Kohlenmangels zu und ermahnte die Staatsbahnverwaltung, baldigst Maßnahmen auch zur Einschränkung des Güterverkehrs zu treffen. Dieserlei Mahnung richtete er an den Verband schwedischer Privatbahnen. Die Regierung plante ferner Maßnahmen zur Einschränkung des Kohlenverbrauches auch auf anderen Gebieten.

### Ein englischer Dreimaster gescheitert.

Bern, 2. Februar. „Reit Parisien“ meldet aus Cherbourg: Der englische Dreimaster „Gelpy“ ist bei Anonville gescheitert. Das Schiff ist verloren, der größte Teil der Besatzung ertrunken.

# Gewerkschaftliches.

## Chinesische Arbeiter in Rußland und in England.

Nicht nur in Frankreich, auch in Rußland und England werden chinesische Arbeiter bereits in großer Anzahl beschäftigt.

Der Petersburger Korrespondent der „Stampa“ schildert den starken Zustrom von chinesischen Arbeitern nach Rußland, der schon mehr einer Ueberschwemmung gleiche. Nicht nur in den westlichen Provinzen, sondern bis nach Petersburg hin finden sich Rußland in der Landwirtschaft tätig. Es wäre falsch, meint der Gewährsmann der „Stampa“, anzunehmen, daß Rußland wegen seiner 170 Millionen Einwohner über ein ganz uner schöpftliches Menschenreservoir gebiete. Sonst hätte es die nach Einziehung der besten Arbeitskräfte einziehende und bis zur Not sich steigende Krise des Getreide- und Brennstoffhandels nicht erlebt. Die Debauchierung des Landes erfordert in Rußland wegen der primitiven Einrichtungen weit mehr Arbeitskräfte als anderswo. Nachdem nun früher das Eindringen der Skulis, selbst im Osten, auf jede Weise zu verhindern gesucht wurde, griff jetzt sogar die Regierung ein, um eine recht starke Heranziehung chinesischer Arbeiter zu organisieren. Im letzten Frühjahr wurde der Gouverneur von Amur mit dieser Arbeit betraut. Mit welchem Erfolge er sie ausführte, geht daraus hervor, daß in Petersburg schon ein paar Tausend Chinesen in einem eigenen chinesischen Viertel wohnen. Sie sind in den riesigen russischen Wäldern massenhaft beim Holzfällen tätig, arbeiten in den Minen von Donez. Am Kurmanbahnbau waren 40000 Chinesen beschäftigt. In industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten zurzeit etwa 70000 Chinesen.

Nicht minder groß scheint das Bemühen der englischen Regierung, chinesische Arbeiter nach England anzuziehen, zu sein. Hat doch die britische Gesandtschaft in Peking bei einer Anwerbung von 30000 chinesischen Arbeitern in Tschifu und Weihwei mitgewirkt.

Leider erfahren wir nichts darüber, unter welchen Bedingungen diese chinesischen Arbeiter für Rußland und England angeworben worden sind. Interessant wäre auch zu wissen, wie sich insbesondere die englischen Gewerkschaften dazu stellen und ob sie versuchen, irgend welchen Einfluß bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen für diese chinesischen Arbeiter geltend zu machen.

### Berlin und Umgegend.

#### Einheitliche Teilstücklohnsätze für die Wollschneiderei.

Rochflehend bringen wir den Schluß des Tarifvertrags:

##### Umhang für Kabfahrer.

Einrichten 0,20. Maschinenarbeit 1,82. Handarbeit 0,68. Anopflöcher (ohne Riegel) 0,18. Bügeln 0,50 R. Gesamtlohn für den Rodfahrersumhang 3,88 R.

Arbeitsmittel (aus Drilich, Sommer- oder Zellbahnstoff). Einrichten 0,08. Maschinenarbeit 1,00. Handarbeit 0,33. Anopflöcher (ohne Riegel) 0,24. Bügeln 0,13. Schnürlöcher 0,21 R. Gesamtlohn für den Arbeitsmittel 2,01 R.

Zuführen der Unteroffiziershose mehr 0,08 R. Drilich (auch aus Sommer- oder Zellbahnstoff). Einrichten 0,08. Maschinenarbeit 1,08. Handarbeit 0,44. Anopflöcher (ohne Riegel) 0,12. Bügeln 0,15. Schnürlöcher 0,12 R. Gesamtlohn für den Drilichrod 1,82 R.

Drilichjude (auch aus Sommer- oder Zellbahnstoff). Einrichten 0,08. Maschinenarbeit 0,80. Handarbeit 0,20. Anopflöcher (ohne Riegel) 0,12. Bügeln 0,10 R. Gesamtlohn für die Drilichjude 1,17 R.

##### Sholljude.

Einrichten 0,08. Maschinenarbeit 1,51. Handarbeit 0,70. Anopflöcher (ohne Riegel) 0,16. Bügeln 0,20. Schnürlöcher 0,20 R. Gesamtlohn für die Sholljude 2,84 R.

Unterhose neuer Art (aus Acker, auch aus Barzent oder Planell). Einrichten 0,01. Maschinenarbeit 0,58. Handarbeit 0,08. Anopflöcher (ohne Riegel) 0,02. Bügeln 0,03 R. Gesamtlohn für die Unterhose neuer Art 0,72 R.

##### Hemden.

Maschinen- und Handarbeit 0,47 1/2. Anopflöcher 0,03 R. Gesamtlohn für Hemden 0,92 1/2 R.

##### Wadtmantel.

a) Einrichten. Taschen, Taillenslänge und Rückenstück abzeichnen, Gürtel und Kinnelanschlüsse zurecht schneiden, Futter schneiden, nach Farben sortieren, laufende Nummer anheften und Zutatet zuteilen 0,42 R.

b) Maschinenarbeit. Seitennaht anfertigen (ohne Riegel), Vorderstück besetzen, Rückenstück und Gürtel anfertigen 0,20. Nahten und Anopflöcher steppen 0,13. Rückenstücke steppen 0,04. Bruststücke anfertigen (ohne Riegel) 0,06. Seitennaht zusammennähen 0,07. Gürtel an den Seitennahten durchsteppen 0,02. Kinnel mit Aufschlag und Futter zusammennähen 0,22. Schiel mit Futter zusammennähen 0,04. Untertragen stecken und abheften 0,13. Übertragen und Kragensäume steppen 0,07. Nahten aufnähen 0,05. Kinnel einnähen und Aufhänger anfertigen 0,05 R. In Summa 1,88 R.

c) Anopflöcher anfertigen (ohne Riegel) 0,30 R.

d) Handarbeit. Nahten abzeichnen, verschneiden und sämtliche Anopflöcher abzeichnen 0,14. Seitenrand vorlegen und anfertigen 0,10. Nahten umheften und Besetzen unterheften 0,20. Beschlußhaken und Nase einheften 0,02. Futter in den Vorderstücken und Rücken unterheften 0,60. Futter am Rückenstück aufheften 0,01. Kinnel unterziehen und Aufschlag festheften 0,14. Kinnel einheften 0,10. Nahten verschneiden 0,09. Übertragen aufheften und umfäumen 0,23. Saßen und Nahten einnähen 0,23. Nahten aufheften 0,06. Übertragen übernähen 0,03. Leibfutter und Besetzen sortieren, Spindel aufnähen, Kinnelfutter übernähen

und Aufhänger annähen, bündere Korsetts und Rückenstück steppen, sämtliche Nahten und Nahten anbringen, sämtliche Anopflöcher herrichten, die übrigen 6 Saßen annähen 1,08. Anopflöcher am Vorderstück und Rücken abzeichnen 0,01. Anopflöcher annähen 0,17. Kragensäume annähen 0,03 R. In Summa 4,18 R.

e) Bügeln. Vorderstück einbügeln und Futterstreifen einlegen 0,15. Seitenrand verbügeln, Besetzen ausbügeln und Taschenpartien festbügeln 0,04. Rückenunterteil ausbügeln 0,02. Seitennaht ausbügeln 0,04. Schiel ausbügeln 0,02. Kinnelnaht ausbügeln 0,06. Kinnel abheften 0,03. Ober- und Untertragen ziehen und Naht ausbügeln 0,21. Nahten abbügeln 0,11. Nahten ausbügeln 0,03. Mantel abbügeln 0,25 R. In Summa 1,01 R.

Gesamtlohn für den Wadtmantel 7,54 R.

##### Schneemantel.

Einrichten 0,01. Maschinenarbeit 0,70. Bügeln 0,04 R. Gesamtlohn für den Schneemantel 0,75 R.

##### Ausland.

#### Der niederländische Seemannsstreit.

In einer am Donnerstag abgehaltenen Verammlung des Allgemeinen Niederländischen Seemannsbundes wurde einstimmig beschlossen, den Streit aufzuheben.

## Aus der Partei.

### Die Logik der Tatsachen.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Genosse Otto Braun in einer sozialdemokratischen Korrespondenz einen Artikel, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

Mit unbekannter Folgerichtigkeit hat die Logik der Tatsachen sich hier durchgesetzt. Die Notwendigkeit, ihre Existenzberechtigung nachzuweisen, zwang die Arbeitsgemeinschaft, sich andauernd im Gegensatz zur alten Fraktion zu bewegen, diese fortgesetzt im Parlament zu belämpfen. Wollte sie nicht dieser ihrer Politik nicht in der Luft schweben, mußte sie diesen Gegensatz ins Land hinaustragen und sich Organisationen als Grundlage für ihre Politik schaffen. Verbreitung von die Partei und ihre Politik belämpfenden, die Parteileitung wie die Fraktion verunglimpfenden Flugblättern, Sonderkonferenzen, Sonderorganisationen mit eigenen Beiträgen neben der Partei, Gegenkandidaten gegen die offiziellen Parteikandidaturen bei Wahlen war die unausbleibliche Folge. Und schließlich mußte der Sonderparteiabend der Arbeitsgemeinschaft vom 7. Januar das parteizerrüttende Werk vollenden, die Parteipaltung sanktionieren.

Obgleich ein Minderheitsblatt, der Brunsweiler „Volkstfreund“ fordert, daß die Opposition nunmehr die Führung der sozialistischen Bewegung an sich reiße und dabei hervorhebt, daß sie die Führung nur ergreifen könne, wenn sie eine politische selbständige Partei werde, obgleich auch Ströbel in der Sozialdemokratischen Korrespondenz der Arbeitsgemeinschaft schrieb, die Mehrheit habe die reinliche Scheidung gewollt, erklärt der Minderheit sei es nun, sie überzieht mit allen Konsequenzen und äußerster Energie durchzuführen, scheint den Arbeitsgemeinschaftlern doch der Mut zur Offenheit zu fehlen. Sie wollen es offenbar weiter mit der bisher geübten Wanzentaktik halten.

Diesem unehelichen Spiel muß ein Ende gemacht werden. Die Zeit der Zweideutigkeit ist endgültig vorüber.

Genosse Braun sagt weiter, so schmerzlich der Vorgang auch sei, so dürfe man doch keine Vogel-Strauß-Politik treiben. Klar und unzweideutig muß jetzt überall zum Ausdruck gebracht werden, daß, wer zu der neuen Partei der „Arbeitsgemeinschaft“ steht, nicht gleichzeitig der sozialdemokratischen Partei angehören kann, daß die Propaganda für die Arbeitsgemeinschaft und das Wirken im Sinne der Beschlüsse ihres Sonderparteiabends unvereinbar sind mit der weiteren Zugehörigkeit der Partei. Nur so kann die Einheit und Geschlossenheit der Partei und ihre Aktionsfähigkeit, die unter den Parteimitgliedern bereits schwer gelitten hat, wieder hergestellt werden.

Gegen die Gewerkschaften. In einer Verammlung in Rüstingen wurden von Gegnern der Partei Broschüren verbreitet, die den Titel führen: „Wohin werden die deutschen Gewerkschaften getrieben?“ Die Schrift behauptet, in den Gewerkschaften herrsche weder Demokratie noch sozialistischer Geist. Sie verlangt politische Gewerkschaften in anarcho-syndikalistischem Sinne. — Zu diesem Vorgang schreibt das Rüstinger Parteiorgan, das „Norddeutsche Volksblatt“:

Der springende Punkt bei der gekennzeichneten Zerstückelungsarbeit ist nun der, daß die Vorkämpfer der Opposition, die sich in den Verammlungen im Colosseum und auch früher in den Parteiverammlungen breit gemacht haben, nicht Anhänger der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, sondern der Spartakusgruppe sind. Die letztere untersteht sich von der ersteren dadurch, daß sie gegen die Vaterlandsverteidigung ist und die parlamentarische Mitarbeit verweigert. Trotzdem oder benützte sie die Agitationsmittel der Arbeitsgemeinschaft, um Eroberungsversuche in der Organisation der Mehrheit zu betreiben. Mit anderen Worten: Es ist dieser Spartakusgruppe jedes Mittel recht, die Politik der Mehrheit, deren Vertreter in Reichstag zu bringen, Ansehn in deren Organisationen zu bringen und sie dann zu beherrschen.

Nachdem die neuesten Maßnahmen organisatorischer Natur den Spartakusleuten den Zugriff auf die sozialdemokratische Partei verwehrt haben, bleibt ihnen nur die Arbeitsgemeinschaft übrig, in deren Leich sie die Rolle des Hechtes spielen können. Arme Karpsen!

Der Wagen des Sumpfes. „Die Bewegung im Rhein-Maingau“ teilt sich ein Artikel des Duisburger Spartakus-Blattes „Kampf“. Gemeint ist damit die Bewegung gegen die sozialdemokratische Partei, über die folgendes berichtet wird:

In Agitationsbezirk Frankfurt a. M. sind die Parteiverhältnisse arg zerklüftet. Während im ersten Kriegsjahre es nur zwei Richtungen gab, sind es jetzt deren drei. Seit Weihnachten 1918 hat sich die Opposition nochmals gespalten, besser gesagt, sie mußte eine reinliche Scheidung vornehmen. Denn die wirklich oppositionellen Genossinnen und Genossen konnten nicht länger dulden, daß sie entgegen ihrem Willen durch die Intrigen einzelner Leute vor den Wagen des Sumpfes gelockt wurden. Wir werden gelegentlich das Kapitel ausführlicher zu behandeln haben. Zunächst genügt die Feststellung, daß die Gründung einer Filiale des Freidenkerbundes nichts anderes bezwecken sollte, als die oppositionellen Elemente in der Partei zu sammeln, und als Stütze in den jeweiligen Verammlungen kommen nur Genossen in Frage kommen, die auf dem überlieferten linken Flügel kämpften und aus dem Verrat der Mehrheitspartei die letzten Konsequenzen zu ziehen bereit waren.

Die „Bewegung“ hat aber nicht viel Vorbeeren geerntet. Das gibt der Bericht selbst zu, indem er weiter schildert, wie der Genosse Quard und die Genossin Hammerichlag Frankfurt „regieren“. Die Frankfurter „Volkstimme“ bemerkt dazu trocken: „Sachlich bemerkenswert sind nur die beiden Feststellungen: in der Frankfurter Filiale des Freidenkerbundes hat man seitherzeit eine Sonderorganisation für die Opposition geschaffen, und Frankfurt a. M. ist fester Besitzstand der Mehrheit. Das sind die beiden einzigen Wahrheiten, die dem Berichtstatter der Opposition aus Versehen untergelaufen sind.“

## Aus Industrie und Handel.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Einnahmen der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen und der Großen Berliner Straßenbahn sind im Januar wieder stark gestiegen. Die Hoch- und Untergrundbahn beförderte ohne die Schöneberger, Wilmerdorfer und Dahlemer Bahn 9,3 gegen 7 Millionen Personen im gleichen Monat des Vorjahres. Die Einnahmen sind von 918 823 R. auf 1 241 741 R. gestiegen. Die Einnahmen der Großen Berliner Straßenbahn sind von 4,5 auf 5,1 Millionen Mark in die Höhe gegangen. Dagegen hat die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft nur 281 422 R. eingenommen und 135 095 R. weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres, was auf die Verkehrshemmungen infolge der Schneefälle zurückgeht.

Für die Berliner Brauereien und die Berliner Biertrinker ist die Nachricht von erheblichem Interesse, daß die Versteigerung vielleicht bis Ende Februar noch nicht aufgehoben werden wird. Als vor einigen Wochen die Versteigerung angefangen war, wurde mitgeteilt, daß Hoffnungen bestände, die Brauereien Mitte des Monats wieder beliefern zu können. Unter dieser Voraussetzung wäre eine Betriebsförderung wohl vermieden worden. Unter den jetzigen Verhältnissen dürfte aber eine Störung des Bierabjages wahrscheinlich sein.

### Der Kampf um China.

Der Kampf der europäischen Mächte, Japans und der Vereinigten Staaten um das chinesische Reich hat sich vielfach in finanziellen Formen ab. Sind doch zuletzt seit jeder ein großes Mittel, um Geld suchende Staaten unter das schwere Joch politischer Mächte und in wirtschaftliche Hörigkeit zu bringen. Der chinesischen Regierung wurden bisher Gelder von einem Bankensyndikat vorgeleitet, an dem die Banken der wichtigsten in Ostasien interessierten Mächte beteiligt waren. Nach Kriegsausbruch verlangten die Verbändmächte, daß die deutschen Banken ausgeschaltet werden, an deren Stelle die Amerikaner zu treten hätten, die bisher an dem chinesischen Anleihegeschäft nicht beteiligt waren. Diese Versuche schlugen aber fehl. Darauf legte die japanische Regierung eine chinesische Anleihe in Tokio auf, womit sie wieder ihr Bestreben bekundete, sich die Vorhand in China zu sichern. Da auch später unter den Mitgliedern der bisherigen Bankengruppe keine Einigung erzielt werden konnte, erklärte die chinesische Regierung, daß sie diese Bankengruppe als verfallen betrachte und sich für frei in der Auswahl ihrer Gläubiger halte. Sie wendete sich an das Chicagoer Bankhaus J. P. Morgan, hinter dem aber, wie die „Kosovo-Broschüre“ denuntzierte, wieder die verlebte Deutsch-asiatische Bank stehe. Selbstverständlich protestierten die Verbändmächte gegen den Versuch der chinesischen Regierung, selbständig zu handeln. Das Resultat wird sein, daß Japan um fernem Osten triumphiert, daß vielleicht den Vereinigten Staaten einige Konzessionen machen wird, und daß die europäischen Mächte mehr oder minder ausgeschaltet werden.

Ein Deutscher Zementbund ist auf Wunsch der Behörden gegründet worden. Sein Zweck ist die Schaffung einer einheitlichen Vertretung der Zementindustrie.

Holzschlag und Kriegsgewinnsteuer. Da Waldbesitzer Holzungen vermeiden könnten, um wegen des hohen Ertrages nicht zu Kriegsgewinnsteuern herangezogen zu werden, da aber andererseits Holz jetzt sehr begehrt ist, so werden die Erträge aus nicht innerhalb der regelmäßigen Nutzung liegenden Holzzertröcken bis zur Höhe der letzten Friedenspreise von der Kriegsgewinnsteuer nach sorgfältiger Prüfung freigestellt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 4. Februar, vormittags 9 Uhr, Pappellallee 18/17. Predigt, Abschlus, Weichselstraße 8; Oberhörselstraße, Karolitz 2. Freireligiöse Versammlung — Donnerstags 10 1/2 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6. Vortrag von Herrn Ernst Baumig: „Wanderungen durch die Kirchengeschichte.“ I. Voraussetzungen und Ursprung des Christentums. Gäste willkommen.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin Druck u. Verlag: Sorowitsch Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Cigarren, Cigaretten, Kautabake  
F. Ernst Borch, Elasserstr. 21.  
Alkoholf. Getränke  
Franz Abraham  
Bank Meissner u. Römertank-Kell.  
C. 33 Barndtstr. 2a, Fernan, Krat. 13790  
Bade-Anstalten  
Muckebirn  
Central-Bad  
Ulana-Bad  
National-Bad  
Passage-Bad  
Reform-Bad, Wiener Str. 48.  
Bäder u. Konditorien  
Oskar Hanke's Brotbäck.  
75 Geschäfte  
In allen Stadtteilen Berlins  
sowie in Neukölln u. Treptow  
Gebrüder 1892.  
K. Klesowitzer, Kollwitzplatz 11.  
G. Meier, Grünzweg 37.

Erscheint 2 mal wöchentlich.  
Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 18  
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseest. 14  
Kandogan, Gummiw.  
R. Baake, Rinalauer Str. 14  
E. Bruns, Kommandantenstr. 15  
A. E. Lange, Brunnenstr. 164  
Kutter, Elor, Kapp  
Wilhelm Göbel  
25 eigene Filialen.  
Gebrüder Manns  
48 eigene Detailgeschäfte  
Schröter, R.  
48 Verkaufsstellen 43  
Uhly & Wolfram

Bezugsquellen-Verzeichnis.  
August Holz 12 Detail-Geschäfte.  
Brauerei Bötzw  
empfehl.  
Qualitätsbiere  
C. Habels Brauerei  
hell - Habelbräu - dunkel.  
Münchener Brauhaus  
Berlin und Oranienburg  
Trinkl Wanninger Bier!  
Weissbier, C. Breithaupt,  
Pallasstr. 97 Tel. Exp. 2081, 2082

Drogen und Farben  
Werkz.-Ungerer, Kr. Lohw. 14  
Essigfabriken  
Timmer-Essig  
Sberall erhältlich!  
Fleisch u. Wurstw.  
W. Beck  
Inh.: Herm. Gerbach  
Charlottenburg, Berlinstr. 68-69  
Fleisch- und Wurstwarenfabrik  
Willy Gericks, Pötersburgstr. 11  
Otto Kengel, Alte Jacobstr. 34  
Horren u. Kabinen  
J. Bayer  
Hudstr. 74, Ecke  
Prinzess-Allee  
Lesko & Slapocki, Leistik-Aller-7  
Rosenthalstr. 3  
Fahlstr. & Co. Eckhaus, Ullsteinstr.  
Kolonialwaren  
Adam Schütz, Schömannstr. 11.

Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.  
Carl Jung, Stromstr. 21.  
Rühlmann, P. Müllersstr. 10b, E-Sood  
Mehlhandlungen  
Bethke, Georg,  
Medalla, Elsterstr. 21, Ecker-Friedr.  
Eck. 64, Weinstr. 159, Friedrichstr. 23  
Treptow, Grünzweg 44.  
Gaege, Otto  
F. W. Sichter  
Ecke Cuvrystr.  
Nähmaschinen  
Bellmann, E.,  
Gollnowstr. 36  
Nähmaschinen  
Singer  
Nähmaschinen  
Läden in allen Stadtteilen.

Unterstehende Geschäfte  
empfehlen sich d. Einkauf.  
Hüte, Mützen, Pelzwaren  
Vester, E.  
Kottbusser-  
Damm 18/19  
Kurt, Wilh. u. Wollw., Pflanzstr.  
Hermann Meyer, Schömannstr. 31.  
Photogr. Apparate  
M. Albrecht  
auch Geogr. Instrumente  
Wams, Löhre, Frankfurter-  
Zugo Boling  
in Filialen in allen Stadtteilen.  
Herm. Meyer & Co., Act.  
Ges.  
550 Verkeimstr. 11, Gr.-Berl.  
Underberg  
SEMPER IDEM

Meierei  
C. Bolle  
A.-G.  
Berlin N.W. 21 Alt Nocht  
11 9513  
Altstar und größter  
Milchwirtschaftlicher  
Groszbetrieb  
Optiker, Mechaniker  
Schubert, Carl, Nolln, Bernstr. 148  
Schreibwaren  
O. Prochnow, Nolln, Bernstr. 148  
Uhren u. Goldwaren  
Lehmann, Alb., Frankl, Allee 10  
Versicherungen  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung — Schutzso-  
zialversicherung — str. 1.  
Spandau  
Schnepp, Carl, Nolln, Bernstr. 148.

Versicherungspflicht der Kriegsbeschädigten.

Wehr denn je hat sich im Laufe der Zeit gezeigt, daß es mit der Versicherungspflicht der noch im Heeresverbande befindlichen Kriegsbeschädigten, so wie die Rechtslage zurzeit ist, nicht bleiben kann, einmal im Interesse der Kriegsbeschädigten selbst, dann aber auch im Interesse des Staates, die Kriegsbeschädigten möglichst frühzeitig wieder in die Industrie zurückzubringen und sie durch Arbeitstherapie vor endgültiger Entlassung auch wieder in die Arbeitsverhältnisse hineinzugewöhnen.

Neben diesen gibt es nun aber auch noch eine Reihe von Kriegsbeschädigten, die nur zur Arbeit beurlaubt sind. Es ist ihnen anheimgestellt, in irgend einem Betriebe, der sich dazu bereit erklärt, eine Arbeit anzunehmen. Bei diesen Personen besteht die Versicherungspflicht auf Grund der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung. Erleben sie einen Betriebsunfall, so hat der Versicherungsträger hierfür einzutreten. Nun kommt es jedoch in vielen Fällen vor, daß auch von den zur Arbeit kommandierten Kriegsbeschädigten der eine oder der andere über die für seine Beschäftigung festgesetzte Zeit hinaus im Betriebe weiter tätig bleibt. Diese Beschädigten erhalten natürlich einen Lohn. Haben sie eine ihnen zuzugewandene Arbeit und fühlen sie die Kraft und Fähigkeit, über die ihnen vom Arzt festgesetzte Zeit hinaus tätig zu sein, dann tun sie das in vielen Fällen. Erleben sie nun während dieser sogenannten Ueberarbeit einen Betriebsunfall, ist es hinsichtlich der Versicherungspflicht sehr zweifelhaft, ob in diesen Fällen der Anspruch auf Unfallrente gegeben ist, wird eventuell im Wege der Rechtsprechung entschieden werden können.

Aber noch eine andere Frage entsteht, deren endgültige möglichst baldige Klärung geboten ist. Soweit in gegen Unfall versicherten Betrieben Kriegsbeschädigte aus Gründen der Arbeitstherapie beschädigt werden, und daher eine Versicherungspflicht dieser Personen nicht besteht, ist die Gefahr gegeben, daß der Unternehmer von der entschädigungspflichtigen Heeresverwaltung zum Ersatz des Schadens, der ihr durch die Bewahrung einer höheren Rente an den Kriegsbeschädigten erwachsen ist, oder auch vom Verletzten für den nicht durch die Militärrente erzielten Schaden herangezogen wird. Voraussetzung ist natürlich, daß dem Unternehmer am Zustandekommen dieses Schadens ein Verschulden beizumessen ist. Das kann unter Umständen auch dann gegeben sein, wenn er alle die Unfallverhütungsvorschriften beachtet hat, die heute von der Berufsgenossenschaft zur Verhütung von Unfällen vorgeschrieben sind. Diese Möglichkeit schreckt naturgemäß manchen Unternehmer ab, solche Kriegsbeschädigten in seinem Betriebe zu beschäftigen. Damit aber wieder wird die Möglichkeit, den Kriegsbeschädigten früh in die Arbeit zurückzuführen, verhindert. Es ist deshalb eine generelle Regelung der Versicherungspflicht der Kriegsbeschädigten geboten. Wir halten eine Regelung für erforderlich, die von folgenden grundsätzlichen Erwägungen ausgeht:

- 1. Versicherung der Soldaten, einerlei, ob sie kommandiert oder beurlaubt werden, soweit sie in Betrieben tätig sind, die der Versicherung unterliegen.
2. Jede Beschädigung eines kriegsverletzten Soldaten auf dem Wege von und zur Arbeit, soweit sie außerhalb des Gefahrenbereichs des Betriebes und damit außerhalb des Schutzes der Versicherung erfolgt, gilt als eine Dienstbeschädigung.
3. Soweit es sich um eine mit Zustimmung der Lazarettverwaltung aufgenommene Arbeit in nicht versicherten Betrieben - gewerblichen Fachschulen usw. - handelt, bleibt die Haftung der Militärverwaltung für Beschädigungen bestehen. Sie gilt also als eine Dienstbeschädigung.

Im einzelnen wäre zu diesen Forderungen noch folgendes zu sagen:

Zu 1. Würde die grundsätzliche Versicherung der Kriegsbeschädigten ausgesprochen sein, dürfte für den Unternehmer die Gefahr eines gegen ihn gerichteten Erfordernisses und weiter auch die Notwendigkeit einer besonderen Haftpflichtversicherung, wie sie vielfach sogar von den Generalkommandos gefordert wurde.

Zu 2 und 3. Das Interesse der Militärverwaltung erheischt es ebenfalls wie die persönlichen Interessen des einzelnen Beschädigten und die gesamten volkswirtschaftlichen Interessen, daß der Kriegsbeschädigte möglichst frühzeitig wieder mit der Arbeit beginnt. Erfolgt eine solche Arbeitsaufnahme, wenn auch freiwillig, durch den Soldaten, so darf man ihm, der er sich immer noch im Heeresverbande befindet, für ihn auf den Wegen zur Arbeit zuzugewandene Gefahren nicht auf sein eigenes Risiko verweisen. Auch die, wenn auch freiwillig geleistete Arbeit ist ein - man kann sagen - freiwillig geleisteter Heeresdienst. Daher muß eine solche Beschädigung als Dienstbeschädigung gelten. Soweit der Schutz der Versicherung sich auf den Soldaten erstreckt, wird natürlich die Heeresverwaltung frei.

Aus Groß-Berlin.

Das Ende der Schrippe.

Im Magistratsgebäude des Berliner Rathauses fand gestern Abend die Vollversammlung der Groß-Berliner Brotbäcker-Gesellschaft unter Vorsitz des Berliner Oberbürgermeisters Wermuth statt, welche die letzte Entscheidung über die künftige Gestaltung des Brotgebäudes zu treffen hatte. Namens des Siebener-Kaufmanns erhaltene Stadtrat Licht-Schöneberg Bericht über dessen Vorberatungen und empfahl die Annahme der von uns bereits gestern mitgeteilten Beschlüsse des Ausschusses. Ohne nennenswerte Debatte stimmte die Versammlung den letzteren zu; nur eine Stimme (Neußölln) wurde gegen die geplante Neuordnung abgegeben. In Groß-Berlin wird also die Schrippe als Kriegsoffer fallen; als Einheitsbrot soll nur noch ein solches in der Mischung von 55 Proz. Roggen, 35 Proz. Weizen und 10 Proz. Streckungsmitteln und daneben ein reines Weizenbrot gebacken werden. Letzteres gegen Anmeldung der darauf reflektierenden Kunden für beide Brotarten sind zwei Größen von 1000 und 1900 G: am geplant. Die Einführung der neuen Gebäckformen ist in der Zeit vom 12. bis 19. Februar zu erwarten. Ein weiterer Bescheid, der einstimmig gefaßt wurde, sprach sich prinzipiell für das Kuchendruckverbot in Bäckereien aus. Man wird darin fest durchgreifen, um jede unzulässige Verminderung der auf den Kopf der Bevölkerung nur sehr knappen Weizenmenge zu verhindern. Die Durcharbeitung der Einzelheiten wurde einer Unterkommission unter Vorsitz des Stadtrats Wier-Neußölln überwiesen.

Schorlemer gegen Magistrat Berlin.

Wohin sollen die Städte Fleisch bekommen?

Der preussische Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer hat heute an den Berliner Magistrat ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats hat eine Mitteilung über die Verhandlungen der Stadt Berlin mit der „Pöfener Gesellschaft zur Beschaffung von Fleisch“ wegen Abschlusses eines Lieferungsvertrages für Fleischschweine berichtet und darin behauptet, daß das Zustandekommen dieser Verhandlungen durch meine Anweisung, daß die Rostorganisation die auf Kostvertrag zu liefernden Schweine dem Viehhandelsverband durch die Haupthändler zur Verfügung zu stellen haben, verhindert worden sei. Mir ist von solchen Verhandlungen zwischen dem Magistrat von Berlin und der Pöfener Gesellschaft zur Beschaffung von Fleisch nichts bekannt. Dagegen ist es allerdings richtig, daß ich nicht nur die Pöfener Rostorganisation, sondern auch die übrigen Rostorganisationen angewiesen habe, grundsätzlich die Lieferung ihrer Schweine durch die Viehhandelsverbände zu bewerkstelligen.“

Leider habe ich die Viehhandelsverbände angewiesen, soweit es mit ihren übrigen Verpflichtungen vereinbar ist, frühere Beziehungen zwischen Städten und Lieferungsverbänden nach Möglichkeit zu veranlassen. Insbesondere ist, wie dem Magistrat bekannt, dafür Sorge zu treffen, daß der Lieferungsvertrag zwischen dem Magistrat von Berlin und dem Pommerischen Viehwirtschaftsverband sich weiter ungehindert abwickelt.

Es ist durchaus irreführend, wenn in der Presse aus meiner Anordnung ein Gegensatz zu den Vorschriften des Präsidenten des Kriegsernährungsamts auf Ergehen von Lieferungsverträgen durch die Städte hergeleitet wird.

Diesem Schreiben ist von Seiten des Magistrats Berlin:

„Die in der Notiz des Magistrats vom 24. Januar mitgeteilten Tatsachen werden aufrecht erhalten. In dem Schreiben der Gesellschaft für Beschaffung von Fleisch in Posen an den Magistrat Berlin heißt es:

„Der Herr Minister für Landwirtschaft hat verfügt, daß auch die auf Kostvertrag zu liefernden Schweine von der Rostorganisation den Viehhandelsverbänden durch die Haupthändler zur Verfügung zu stellen sind, der nicht nur ihre Verteilung, sondern auch die Abrechnung und Bezahlung dieser Schweine zu vermitteln hat. Wir sind daher zu unserem lebhaften Bedauern nicht mehr in der Lage, mit der Stadt Berlin den in Aussicht genommenen und in mündlicher Verhandlung besprochenen Lieferungsvertrag abzuschließen.“

Sobald aus dieser Mitteilung ersichtlich, daß Berlin einnehmen, daß die Pöfener Gesellschaft sich nicht für verpflichtet hält, die von ihr vertraglich in Aussicht gestellten Schweine durch Vermittlung der Viehhandelsorganisation zu liefern. Was auch von städtischer Seite angeht, der bestehenden Organisation der Fleischversorgung steht ebenso als selbstverständlich angesehen ist, wie die Anordnung der Vertragserfüllung auf das allgemeine Kontingent. Berlin mußte aus dieser Mitteilung auch entnehmen, daß die Pöfener Gesellschaft den Abschluß dieses Vertrages überhaupt als ungültig ansieht. Die Stadt Berlin gläubte mit ihren Verhandlungen gerade im Sinne der Anregung der Reichsstelle vorzugehen, welche den Abschluß von Lieferungsverträgen überhört, anstrebt und gerade die Schweinemastverträge als ein prächtiges Beispiel bezeichnet und besonders empfohlen hat.“

Preisprüfungsstelle Groß-Berlin.

Der Sachausschuß für Obst und Gemüse in der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin beschäftigt sich mit den von der Reichsstelle für Obst und Gemüse in Aussicht genommenen Lieferungsverträgen. Diese Verträge, die für Früh- und Herbstgemüse geschlossen sind, sollen den Gemeinden die Möglichkeit geben, mit den Gemüsebauern Anbauverträge abzuschließen, wonach die Erzeugnisse zu einem bestimmten Preis den Gemeinden oder auch den großen Fabriken der Nahrungsgüterindustrie zur Verfügung gestellt werden. Von den Vertretern des Handels und der Produzenten wurden bei der Sitzung der Zweimächtigkeitskommission erhebliche Bedenken laut. Es wurde bemerkt, daß die Verlosigkeit des Marktes, besonders mit Frühgemüse, durch solche Verträge besser geregelt werde. Vor allem wurde man sich gegen die Preisfestsetzung für Frühgemüse und erklärte, daß die in Aussicht genommenen Marktpreise zu niedrig seien. Von den städtischen Vertretern wurde auf das schnelle Verderben der Ware hingewiesen, die eine schematische Behandlung durch Lieferungsverträge nicht vertragen. Frühgemüse sei im vorigen Jahr genügend an den Markt herangezogen. Die Situation sei so, daß der Preis nicht ausfallend sein dürfe für die Ware, sondern die Beschaffung des Marktes. Man liefe Gefahr, mit den neuen Organisationen nur abermals Schäden anzurichten, die öffentliche Bewusstseinsbildung habe nicht in jedem Falle ihren Vorrang erweisen. Von anderer Seite wurden diese Bedenken etwas gemildert. Man habe gerade von der Stadt den Vorrang erhoben, daß bei Lieferungsverträgen die Innehaltung der Vereinbarung durchbrochen sei. Wenn jetzt die Gelegenheit geboten würde, Verträge abzuschließen, könne man sich dem nicht entziehen.

Von Vertretern der Konsumenten wurde der Abschluß von Verträgen unter festen Preisvereinbarungen befürwortet und darauf hingewiesen, daß schwankende Preise für Frühgemüse durch Preisprüfungsstellen für größere Bezüge geregelt werden sollten. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß im Frühjahr die Preise für Frühgemüse regellos sich entwickeln könnten; denn es habe

zu befürchten, daß bei der Knappheit an Lebensmitteln ein starker Bedarf an Frühgemüse eintreten werde, der sofort sich in einer sehr lebhaften Preisbewegung bemerkbar machen würde. Die Behauptung, für Frühgemüse sei ein fester Preisvertrag abzuschließen zu einem festen Preis nicht möglich und habe bisher sich als undurchführbar erwiesen, könne nicht als stichhaltig bezeichnet werden; denn auch bisher haben die Konsumentenfabriken für Frühgemüse Verträge mit festen Preisvereinbarungen abgeschlossen. Was hier möglich ist, kann auch für den allgemeinen Markt durchgeführt werden. Der Einwand der Händler und Produzenten, daß bei der leicht verderblichen Ware der Handel die einzige Möglichkeit bietet, zweckmäßige Bewertung auf dem Markt herbeizuführen, sei nicht zureichend. Gegenwärtig habe man damit zu rechnen, daß Gemüse sehr schnell abhandelt. Und sollte wirklich ein Ueberfluß auf dem Markt vorhanden sein, so sind die großen Einrichtungen für Frühgemüse sehr leicht in der Lage, große Warenbestände aufzulösen. Der Abschluß der Verträge sei kein zwingender, nur indirekt werde ein Zwang ausgeübt und zwar derart, daß Gemüsebauern, die keine Verträge abschließen, um Höchstpreise zu realisieren, die unter den Vertragspreisen sich halten. Wer dieses Risiko übernehmen will, kann sich dem Zwang entziehen. Vom Standpunkt der Konsumenten muß dringend davor gewarnt werden, diese Bestimmungen, Vertragsabläufe zu geregelten Preisen herbeizuführen, zu durchkreuzen, und es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn die städtische Verwaltung nicht ein Interesse für diese Regelung des Marktes zu erkennen gäbe.

Eine Beschäftigung über diese wichtige Frage wurde nicht beliebt. Es konnte nur festgestellt werden, daß der Abschluß von Verträgen durch die Vertreter des Handels und der Produzenten und einige Herren der städtischen Verwaltung keine Befürwortung fand. Bemerkenswert ist bei der Gelegenheit, daß in einer früheren Sitzung sich der Sachausschuß mit einem Antrag beschäftigte, der auf Grund der Bundesratsverordnung eine Zwangsorganisation des Großhandels für Obst und Gemüse befürwortete. Diesen Antrag des Sachausschusses hat die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin vorläufig zurückgestellt, um die weiteren Maßnahmen der Reichsstelle für Obst und Gemüse abzuwarten.

Veranziehung des Kleinhandels bei der Lebensmittelverteilung.

Zu dieser Frage äußerte sich Herr v. Patsch in einer längeren Rede an den Reichstags-Tagesrat, der mit folgenden Einzelheiten enthielt: Am den Kleinhandel bei der Verteilung der rationierten Waren heranzuziehen, ist es nach Ansicht des Tagesrates nötig, den Kleinhandlern einen angemessenen Verdienst zu belassen. Dieser Ansicht schließt sich der Präsident des Kriegsernährungsamts unbedingt an. Dagegen kann er einen zweiten Vorstoß des Tagesrates, die Heranziehung der Kleinhandels- (Verbraucher-) Preise den Gemeinden zu überlassen, nicht allgemein zustimmen. Er befürchtet, daß dadurch leicht Mißgunst in der Bevölkerung erregt werden könnte und daß bei manchen Waren ein Abwärtsweg nach den Daten mit höheren Preisen stattfinden würde. Nur solche Fälle werden mit Bedenken, wie er - wie es schon jetzt geschieht - den Kommunalverbänden die selbständige Festsetzung der Kleinhandelspreise überlassen. Im übrigen vertritt er, daß er in weiteren Umfange als bisher den großen Gemeinden die Festlegung erteilt werden sollte, Zusätze zu erheben, wenngleich er sich nicht verheißt, daß ferarige Zuschläge leicht bei den nicht betroffenen etwas kleineren Gemeinden Raum ausfüllen können.

Zweiter Berliner Reichstagswahlkreis. Sonntag, den 4. Februar, vorm. 10 Uhr, findet im Saale Lindenstraße 8, drunter Hof, parl. 1917, eine Besprechung aller auf dem Boden der Reichsstelle des Parteiausschusses und des Parteivorstandes stehenden Genossinnen und Genossen statt. Zweck der Besprechung ist die Konstituierung des Parteivereins für den 2. Berliner Wahlkreis.

Um zahlreichem Besuch bittet Heinrich Schröder, Vogelbergerstraße 53.

(Wie wir erfahren, finden in den nächsten Tagen in den anderen Berliner Wahlkreisen Besprechungen mit der gleichen Tagesordnung statt.)

Die Feldpostadressen.

Nach einer Veröffentlichung der Heeresverwaltung werden vom 15. Februar ab die Vorschriften über die Adressierung der Feldpostsendungen an Truppenangehörige dahin geändert, daß in den Adressen jegliche Angabe über Kriegsschauplatz, Armee, Armeegruppe oder Armeekorps, Division und Brigade wegfällt. Die Angabe eines höheren Stabes darf nur bei der Adresse von Angehörigen dieser Stäbe erteilt werden. Die Feldpostadressen dürfen daher künftig im allgemeinen außer dem Namen und Dienstat des Empfängers nur die Bezeichnung des Truppenteils bis zum Regiment aufwärts enthalten.

Die bekannt gewordenen sind, haben Truppenangehörige bei der Mitteilung ihrer neuen Feldpostadressen nach der Heimat angegeben, daß diese vom 1. Februar ab gelten. Das trifft, worauf ausdrücklich hingewiesen wird, nicht zu. Vielmehr treten die vorhergehend abgegebenen Bestimmungen durchweg erst am 15. Februar in Kraft. Zur Verhütung argen Störungen im Feldpostbetrieb ist es unbedingt erforderlich, daß der Name von den Heeresangehörigen mitgeteilte Adressenverträge auf keinen Fall vor dem 15. Februar bei der Abfassung der Aufschriften angewendet werden.

Die Milchversorgung Groß-Berlins. Die Berliner Milchpächter haben beantragt, die Stadtverordneten der Einzelgemeinden möchten sich in ihrer nächsten Sitzung mit der Frage der Milchversorgung befassen, da die jetzigen Zustände gebieterisch energische Abhilfe erfordern. Es heißt in dem Kundstreiben: „Nicht nur, daß die nach Berlin eingeführten Milchmengen immer geringer werden, und zwar in noch weit stärkerem Maße geringer werden als die Erzeugung der Milch zurückgegangen ist - es zeigt sich auch, daß die nach Berlin eingeführte Milch in ihrem Werte häufig in Stücken liegt, als sie zu einem ganz erheblichen Teile in saurem, d. h. also in einem zur Ernährung der Kinder und Kranken ungeeigneten Zustande ankommt. Auch der Magistrat selbst hat gestützt auf die Gutachten von Sachverständigen, öffentlich der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß, wenn die gegenwärtigen Verhältnisse nicht grundlegend geändert werden, in den künftigen Monaten die ankommende Milch bis zur Hälfte in saurem Zustande hierhergelangen kann.“

Erhöhte Inflation. Aus der Berliner Bevölkerung in Betracht der besonderen Zuweisung von Wehl die Möglichkeit zu geben, auch ohne Wehlkarten heranzukommen, hat der Magistrat beschlossen, auf den Abwärts der Berliner Judenkarte 1/4 Pfund Zucker mehr, also ein Pfund statt 375 Gramm zu verteilen. Die Gültigkeit des Abwärts 8 der Berliner Judenkarte beginnt am 11. und endet am 28. Februar.

Bei der städtischen Volkspreisung hat in der Regel die tägliche Vorauszahlung zu erfolgen. Wegen der schnelleren Abfertigung wird aber bei der Ausgabe des Offens in den Regalestellen die Vorauszahlung der Speiseportionen für eine ganze Woche vom nächsten Montag ab zugelassen. Wer hiervon Gebrauch machen will, hat in der Zeit vom Montag bis Donnerstag jeder Woche gelegentlich der Entnahme der Speisungs-

# Aus aller Welt.

## Kälte und Kohlenmangel in Frankreich.

Die Temperatur in Südfrankreich ist noch weiter gesunken. In Toulouse, Montauban, Bordeaux und an der Mittelmeerküste traten schwere Schneefälle ein. Der Zugverkehr im ganzen Lande erleidet schwere Störungen. Die Kohlennot in Paris wird immer empfindlicher, da die Schmelzwerke auf der Seine und den Kanälen seit zwei Tagen überhaupt nicht mehr verkehren können. — Aus Sens wird gemeldet, daß infolge des vollkommenen Kohlenmangels der Bürgermeister die Beschlagnahme sämtlicher 300 Mio überflüssigen Brennstoffvorräte anordnete.

## Jugendveranstaltungen.

Zus Arbeiter-Jugendheim I, Brunnenstr. 70, begehrt heute, Sonntag, sein diesjähriges Stiftungsfest mit künstlerischen, musikalischen Darbietungen, Rezitationen und Reden. Anfang pünktlich 8 Uhr. Eltern und Freunde des Jugendheims sind herzlich eingeladen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Wohnen Hausstr. 5, IV. 401 rechts, pünktlich am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Persönliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Wohnen Hausstr. beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

G. J. 57. Sie haben nur Ausdruck auf Unfälle, nicht auch auf Minderernte. — G. J. 24. Krankheiten des Ohrs und der Nase, zeitlich untauglich. — G. J. 1. Den Wunsch könnte Ihr Mann äußern; er wird auch, wenn er transportfähig ist, berücksichtigt werden. — G. J. 66. 1. Wittenberg ist zur Zahlung dann nicht verpflichtet, sondern die Gemeinde, in der Sie Ihren jetzigen Wohnsitz haben. Wenn dort kein Kommunalzuschlag erfolgt, so erhält Ihre Frau nur die Staatsunterstützung. 2. Nein. — G. J. 10. Verjährung tritt erst in 30 Jahren ein; es kann aber nur Zahlung für vier Jahre verlangt werden. — M. S. 100. Besuchen Sie doch, durch ernsthafte Vorbereitungen eine Beförderung zu erwirken. — G. J. 83. Das Testament ist in der Form nicht rechtmäßig; Ihre Namensunterzeichnung muß zuletzt unter der Ortsbezeichnung stehen. — W. 49. Beibringung kann nur erfolgen, wenn die Ehe geschlossen ist. Die Frau ist dazu nicht berechtigt. — G. J. 9999. Ja. — G. 100. Wenn Sie nach der Beibringung in den Einkommensverhältnissen nicht ändern, so wird Unterstützung bewirkt. — G. J. 25. Besuchen Sie sich an die Gewerkschaftskommission, Einzelverf. 15. — H. S. 109. 35 Proz. Besühner sind zu zahlen. — G. J. 7. Ja. — H. S. 109. 35 Proz. Besühner sind zu zahlen. — G. J. 100. Ja. — G. J. 24. Im Falle der Bedürftigkeit, die angenommen wird, wenn vorher Unterstützung gezahlt wurde. An das Gerichtsdirektorat des Landgerichts, zu dem der Sohn eingezogen wurde. — G. J. 11. Sie können nur bei der Veräußerung der Firma vorläufig werden, die dann eventuell das Erbschaftsverfahren veranlaßt. — G. J. 11. An die Schuldenstation Berlin. — Steuer 1000. Ja, kommen Sie in unsere Sprechstunde.

## Berichtszeitung.

Das sogenannte „Kaffee Delles“ in der Alten Schönhauser Straße ist einer der Hauptplätze für den Brotkartenschwindel. Was alles dort in dieser Beziehung zu haben ist, zeigte eine Verhandlung, die gegen den Arbeiter Max Schmidt wegen Uebertretung der ersten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Schmidt wurde auf einer Brotkommission angehalten, als er dort zwecks Zumeisung von Brotkarten vorsprach und dazu neben polizeilichem Anmeldebogen einen militärischen Urlaubsschein vorlegte. Dieser Schein war ganz vorchriftsmäßig und trug den militärischen Stempel. Die Probe ergab jedoch, daß er wie die Anmeldung gefälscht war. Der Gericht behauptete der Angeklagte unwiderlegt, daß er diesen Schein in dem Kaffee käuflich erworben habe. Dort habe, um zu Brotkarten zu kommen, ein richtiger Handel mit solchen Papieren statt, die für den jeweiligen Käufer ausgefüllt würden. Das Gericht ahndete diesen neuartigen Schwindel mit 6 Monaten Gefängnis.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Teilweise heiter, jedoch vorwiegend wolfig oder neblig und im Süden öfter leichte Schneefälle. Zunächst noch ziemlich strenger Frost, später im westlichen Küstengebiet etwas gelinder.

Lark für die folgende Woche gleichzeitig den Betrag für die ganze folgende Woche im Voraus gegen Empfangnahme eines besonderen Guthabens zu entrichten. Die Vorausbezahlung ist nur für die ganze Woche einschließlich Sonntag zulässig. Die Guthabens sind nur gültig, wenn sie mit der Unterschrift des Inspektors versehen sind; sie dürfen immer nur zusammen mit der Speisungskarte vorgelegt werden; vom Teilnehmer vorher abgetrennte Abschnitte des Guthabens oder der Speisungskarte sind ungültig; das gleiche gilt von Abschnitten, die nicht an demselben Tage, für den sie gelten, eingelöst werden.

## Frauen in den städtischen Verwaltungsdeputationen.

Der Magistrat hat beschlossen, bei der Stadterordneten-Versammlung die Wahl je einer Frau in folgende Verwaltungsdeputationen zu beantragen: in die Deputation für den Arbeitsnachweis, die Deputation für die Krankenanstalten, Kuratorium für die Heimbäuerinnen, Kuratorium für die Hospitäler, Deputation für die Irrenpflege, die Stiftungsdeputation, Deputation für das Wohnungswesen, Deputation für die Markthallen und in die Deputation für das Fach- und Fortbildungswesen. Bekanntlich gehören Frauen bereits der Armenverwaltung und der Waisenverwaltung an.

„Die Zivilienpflicht und die Ladengeschäftsinhaber“ beschäftigt am Mittwochabend die Generalversammlung der Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe. Der Vorsitzende des deutschen Arbeitsauschusses für das Zivilienhilfsdienstgesetz, Karl Oalmer, teilte mit: Dem Arbeitsauschuss haben sich 40 Reichsverbände und 300 deutsche Handelskammern angeschlossen. Einzelvereine werden in den Arbeitsauschuss nicht aufgenommen, sondern nur Reichsverbände und Korporationen, dazu gehören auch die Gewerkschaften. Dem Arbeitsauschuss gehören alle Verufe, die Kleinsten und auch bedeutendsten Kaufleute, Fabrikanten und Arbeiter an. Seine Aufgabe sei, die Mitglieder in sinnvoller und angemessener Weise dem vaterländischen Hilfsdienst zur Verfügung zu stellen.

Weitere Ausfall von Schnellzügen. Amlich wird mitgeteilt: In nächster Zeit wird es erforderlich werden, noch einzelne Schnellzüge abzusagen zu lassen, um den starken Güterverkehr besser bedienen zu können. Die Reisenden werden daher gut tun, sich am Tage vor der Abreise davon zu vergewissern, ob die Züge, deren Benutzung beabsichtigt ist, verkehren. Die Eisenbahndirektionen sind vom Minister der öffentlichen Arbeiten angewiesen, unbedingt dafür zu sorgen, daß etwaige Fahrplänenänderungen am Tage vor dem Inkrafttreten durch Anzeigen in der Presse und durch Aushang auf den Bahnhöfen bekannt gemacht werden.

Der Wegfall mehrerer D-Züge zwischen Berlin und Köln und zwischen Berlin und West-Litwitz ist bereits angeordnet.

Beschlagnahme nicht schnell genug eintreffender Kohlenlieferungen. Amlich wird mitgeteilt: Da die Empfänger von Kohlen, Holz und Brikettsendungen die Entladungen der Güterwagen noch immer nicht mit der erforderlichen Beschleunigung vornehmen, so wird das Oberkommando fortan auf Antrag der Eisenbahnverwaltung derartige Kohlenlieferungen zur anderweitigen Verfügung, insbesondere für die Militärverwaltung beschlagnehmen.

Zugausfall für Groß-Berlin. Auf dem Ragerbleichhof in Friedrichshagen werden demnächst aus den besetzten Gebäuden im Westen Zugausfälle eintreffen. Die Preise für die Tiere stellen sich einschließlich des Zuschlages für Transport auf 110 M. für den Zentner. Feste Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen. Für die Dohren wird jedoch keine Garantie geleistet, weder für ihre Zugleistung noch für die Viehschaffenheit. Der Kaufpreis ist vor der Verladung auf dem Ragerbleichhof zu erlegen. Die Verladung erfolgt nach der Reihenfolge des Eingangs der Bestellung.

Sichtbildervortrag. Die Akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter (G. S.) veranstalten am Sonntag, abends 8 Uhr, im Museum für Meereskunde, Georgenstr. 34, einen Sichtbildervortrag „Die Bagdadbahn“. Eintritt 15 Pf. Gäste willkommen.

Der Botanische Garten in Dahlem ist am Sonntag von 11 Uhr nachm. bis 4 Uhr nachm., das Botan. Museum von 11—2 Uhr, dem allgemeinen Besuch geöffnet. Kinder unter 10 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener freien Zutritt.

Ein Findling. Am 21. Januar ist auf dem Potsdamer Fernbahnhof ein 5 bis 6 Jahre alter Knabe hilflos aufgefunden und dem städtischen Waisenhaus zugewiesen worden. Er ist mit dem Verwundung von Magdeburg gekommen und hat eine Fahrkarte Magdeburg-Berlin besessen. Der Knabe, der angeblich Stanislaus Dembinski heißt, spricht polnisch, trägt blaue Schirmmütze, graues Jackett, graumelierte Hose, weißes Leinen- und weißes Baumwollhemd. Er hat am Hinterkopf zwei kleine Narben. Nachricht über die Persönlichkeit des Knaben wird von jedem Polizeibeamten entgegengenommen.

Reiche Beute machten Einbrecher in der Nacht zu Freitag in einer Wollfabrik in der Wallstraße. Sie drangen mit Nachschlüssel ein, durchsuchten alle Räume, die sich über mehrere Stockwerke erstrecken, wählten für 20000 M. Silber und schafften sie wahrscheinlich mit einem Gespann oder einem Handwagen weg. — Durch die Decke einer leerstehenden Wohnung drang eine andere Bande in der Brunnenstraße in einen Schuhwarenladen ein und stahl für 10000 M. Waren aller Art.

## An unsere Feldpostabonnenten.

Die am 16. Februar in Kraft tretenden neuen Bestimmungen über die Feldpostadressen (siehe oben) gelten auch für den Zeitungsbezug. Aus technischen Gründen bitten wir unsere Feldpostabonnenten, der Expedition des „Vorwärts“ (Berlin SW 68, Lindenstr. 8) die neue Adresse sofort mitzuteilen.

## Aus den Gemeinden.

Aus der Anhalter Gemeindevertretung. Die letzte Sitzung beschloß unter anderem eine Neuregelung der Feuerungs- resp. Arztszulagen vorzunehmen. Danach betragen diese Zulagen für Arbeiter, Angestellte, Beamten und Lehrpersonen: 1. für Ledige mit einem Gesamteinkommen bis zu 3000 M. einschließlich a) unter 18 Jahren 12 M., b) über 18 Jahre 20 M. monatlich; 2. für Verheiratete ohne Kinder mit einem Gesamteinkommen bis zu 4500 M. einschließlich 25 M. monatlich; Ledige, die im eigenen Hausstand Angehörige unterhalten, stehen Kinderlos Verheirateten gleich; 3. für Verheiratete mit Kindern bis zum vollendeten 16. Lebensjahre (und wenn die Kinder ohne eigenes Einkommen sich noch in Schul- oder Berufsausbildung befinden und vom Vater unterhalten werden, bis zum vollendeten 18. Lebensjahre) mit einem Gesamteinkommen bis 6000 M. einschließlich: bei 1 Kind 30 M., bei 2 Kindern 35 M. und so fort für jedes weitere Kind 5 M. monatlich mehr. — Aus Anlaß eines vor kurzem dem Gemeindevorstand gemachten Vorwurfs der Vernachlässigung des eingekesselten Gensers — es handelt sich um drei hiesige Druckerereien — durch die beabsichtigte Vergebung des Druckes des Voranschlags an eine Verneuer-Firma, kam es zu einer hundenlangen lebhaften Aussprache. Letztere endete mit dem Beschluß, den Druck zwar nicht an die Verneuer-Firma, aber auch nicht an die hiesigen beteiligten Druckerereien, sondern auf dem Wege erneuter Ausschreibung an eine Berliner Firma zu vergeben.

Lebensmittelnachricht aus Schöneberg. In Schöneberg werden noch am heutigen Tage auf Abchnitt 62 der Lebensmittelkarte 200 Gramm Weizenmehl zum Preise von 12 Pf. verteilt. Bei Einlösung mehrerer Abchnitte müssen jedoch 500 Gramm für 28 Pf. abgegeben werden, so daß 800 Gramm Mehl (3 Abchnitte) 34 Pf.

1000 Gramm 56 Pfennig kosten. In der nächsten Woche wird eine Verteilung von Grieß und Graupen erfolgen, über die noch nähere Bekanntmachungen ergehen.

In der nächsten Woche wird auf die Kartoffelarten als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln Brot und Mehl abgegeben.

Jüderverfolgung in Neudöln. Infolge des eingetretenen Frostwetters ist die auf dem Wege zwischen Mandeberg und Berlin befindliche Kahlradung Jüder eingetroren. Die um der Hauptstraße mitteln, wird sofort für Lieferung durch Eisenbahn gefordert werden. Eise die Sendungen eintreffen, werden jedoch noch mehrere Tage vergehen. Mit den vorhanden gewordenen Beständen ist ein Teil der Händler beliefert worden, so daß ein Teil der Bevölkerung die Jüderarten wird einlösen können. Dem andern Teil wird auf jeden Fall die ihm zustehende Jüdermenge sichergestellt werden. Notwendig ist nur, daß alle Karten und Abchnitte sorgfältig aufgehoben werden.

Die Köpenicker Schulen wegen Kohlenmangel geschlossen. Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, infolge des herrschenden Kohlenmangels den Schulunterricht sämtlicher Schulen bis zum 10. Februar ausfallen zu lassen.

Kein Einheitsbrot in Potsdam. Zur Einheitsbrotfrage hat der Potsdamer Magistrat beschlossen, im Hinblick auf die durchaus regelmäßige Brot- und Mehlversorgung von der Einführung des Einheitsbrotes abzusehen. Mitbestimmend war die Erwägung, daß für die Bevölkerungsgemeinde, die mit Aufwandsmitteln nicht versehen sind, ein Gebäck erhalten bleiben soll, das den Auftrieb entbehren läßt und dadurch für Kinder und Kranke besonders geeignet ist.

## Berichtszeitung.

Das sogenannte „Kaffee Delles“ in der Alten Schönhauser Straße ist einer der Hauptplätze für den Brotkartenschwindel. Was alles dort in dieser Beziehung zu haben ist, zeigte eine Verhandlung, die gegen den Arbeiter Max Schmidt wegen Uebertretung der ersten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Schmidt wurde auf einer Brotkommission angehalten, als er dort zwecks Zumeisung von Brotkarten vorsprach und dazu neben polizeilichem Anmeldebogen einen militärischen Urlaubsschein vorlegte. Dieser Schein war ganz vorchriftsmäßig und trug den militärischen Stempel. Die Probe ergab jedoch, daß er wie die Anmeldung gefälscht war. Der Gericht behauptete der Angeklagte unwiderlegt, daß er diesen Schein in dem Kaffee käuflich erworben habe. Dort habe, um zu Brotkarten zu kommen, ein richtiger Handel mit solchen Papieren statt, die für den jeweiligen Käufer ausgefüllt würden. Das Gericht ahndete diesen neuartigen Schwindel mit 6 Monaten Gefängnis.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Teilweise heiter, jedoch vorwiegend wolfig oder neblig und im Süden öfter leichte Schneefälle. Zunächst noch ziemlich strenger Frost, später im westlichen Küstengebiet etwas gelinder.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
Bezirk Schöneberg.  
Am 29. Januar starb unser Mitglied, der Stufkateur  
**Rudolf Eichhorn.**  
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof II, Blanke Höhe statt.  
Um gleichen Tage starb im Bezirk Köpenick II unser Mitglied, der Holzseher  
**Adolf Engelmann.**  
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, auf dem Kirchhof der Friedland-Gemeinde in Köpenick statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Um ege Beteiligung ersucht  
148/19 Die örtliche Verwaltung.

**Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin**  
Die Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes Herrn  
**Waldemar Timme**  
findet heute Sonnabend, den 3. Februar, nachmittags 11 Uhr, im Berliner Anstaltorium, Gerichtstraße 37, statt.  
Ehre seinem Andenken!

**Verb. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.**  
Filiale Berlin.  
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß die Besichtigung der Leiche von  
**Hulda Kluth**  
geb. 6. Mai 1872,  
am 31. Januar verstorben ist.  
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 1 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof, Helmsdorfer, Hundsdorferstraße 37, statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockenfuß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),  
Blutuntersuchung, Sonders, sichere  
schmerzlose Heilung ohne Borzuz-  
225/18\* störung, Teilzahlung.  
Sprechstunden: 11—1 und 6—8.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirkverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drohkistenführer  
**Ernst Nitschke**  
von der Firma Pohl, Alt-Berchagen, am 30. Januar im Alter von 64 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.  
Nachruf.  
Den Mitgliedern jerner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bader  
**Ernst Schulz**  
am 28. Januar im Alter von 60 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
71/18 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen jerner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter  
**August Lück**  
Kottboder Str. 45,  
am 31. Januar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Johannis-Kirchhofes in Witzhenke aus statt.  
Den Kollegen jerner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Glanzler  
**Hans Rabener**  
Jahnsdörfle 12,  
am 30. Januar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 3. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Paripolomäus-Kirchhofes in Weihensee aus statt.  
Nege Beteiligung ermartet.

**Gustav Kappel.**  
Wir werden ihm ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren.  
Kollegen d. Fa. Gottschalk & Laske  
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 3. Februar, nachmittags 2 Uhr, auf dem Wittenberg-Friedhof in Köpenickshagen statt.

**Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden**  
Bei Einkäufen ersucht.  
Drogen, Farben  
Berkendoff  
Fleisch- u. Wurst  
Gelschmanns Centr.  
Herrn, Dam-, Knab- u. Mädchen-Kleider, Veteranenstr. 14  
O. Hoffmann fertige u. n. Maß  
Kolonialwaren  
M. Saagebarth Streifenstr. 57  
Wohlhandlungen  
C. E. Fink, Pankstr. 92.  
Möbelmagazine  
Wiese & Co. Tischlermeister

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen** (Verlagssache.)  
Verwaltungsstelle Berlin B.  
Am 25. Januar verstarb unser Mitglied  
**Wladislaus Springer**  
Schmidtstraße 1a.  
Beerdigung Sonnabend, den 3. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Fischhof-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus.

**Nachruf.**  
Den Kollegen jerner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zeitungsdrucker  
**Otto Hammer,**  
Friedenau, am 29. Januar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Nachruf.  
Den Kollegen jerner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloffer  
**Reinhold Schulze**  
Grüner Weg 28,  
am 24. Januar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
120/10 Die Ortsverwaltung.

**Kranz- u. Blumenspenden**  
schnell und billig.  
**Turmstraße 56 Dabers**  
Moabit 6134.

**Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten**  
Ersucht möglichst schnell.  
Bei Einkäufen ersucht.  
Butter, Eier, Käse  
P. H. Ackermann, 8 Filialen  
Mehlmüllerei  
Joh. Pietsch  
Photograph-Ateliers  
Hayn, Frankfurt Allee 99  
Herrn Ringhnb, Frank. Allee  
St. Wenzel  
Schulw. u. Beschnaltstellen  
G. Heinrich  
Warenhäuser  
Hilberberg Warenhaus, Tac. Platz 10  
Hilberberg 11, Verw.-Leit. 57  
Zahn-Atelier Wohlfel  
Seena Krieger, 46 (am Alexanderpl.)

**Dankagung.**  
Sage allen Kollegen und Bekannten, sowie den Kollegen der Flugzeugwerke „Genta“, Kammelsburg, und dem Metzler-Verband für die Teilnahme bei der Beerdigung meines Bruders  
**Paul Rieger**  
herlichen Dank.  
149  
**Anna Rieger,** als Schwester.

**Nachruf:**  
Zum Geburtstag unseres lieben, guten Bruders und Schwagers  
**Richard Bohnsack**  
geb. 2. 2. 1858, gef. 7. 8. 1916  
auf dem Felde der Ehre, zur  
lebenden Erinnerung. 18355

**Bekanntmachung.**  
**Städtische Volksspeisung.**  
Zur schnelleren Abfertigung des Publikums bei der Ausgabe des Offens in den Ausgabezeiten wird die Vorausbezahlung der Speiseportionen für eine ganze Woche vom Montag, den 3. Februar, ab zugelassen. Wer hiernun Geldbetrag machen will, hat in der Zeit von Montag bis Donnerstag jeder Woche Gelegenheit der Entnahme der Speisungskarten für die folgende Woche gleichzeitig den Betrag für die ganze folgende Woche im Voraus gegen Empfangnahme eines besonderen Guthabens zu entrichten. Die Vorausbezahlung ist nur für die ganze Woche einschließlich Sonntag zulässig. Die Guthabens sind nur gültig, wenn sie mit der handschriftlichen Unterschrift des Inspektors versehen sind; sie dürfen immer nur zusammen mit der Speisungskarte vorgelegt werden; vom Teilnehmer vorher abgetrennte Abschnitte des Guthabens oder der Speisungskarte sind ungültig; das gleiche gilt von Abschnitten, die nicht an demselben Tage, für den sie gelten, eingelöst werden.  
Berlin, den 1. Februar 1917.

**Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt.**  
Wermuth.

Das Kampfgebiet in den Moldaubergen.

Schon seit Wochen wahren die Kämpfe im Grenzgebiet der unteren Moldau östlich der Siebenbürger Grenze.

Die Langwierigkeit gerade dieser Kämpfe ist besonders den ganz riesigen Schwierigkeiten des Geländes zuzuschreiben.

Es führt nur eine einzige, noch dazu eingleisige Bahn über die Siebenbürgische Obergrenze in die Moldau (Grenzstationen Ghimes und Palanka).

Die siebenbürgisch-rumänische Grenze läuft nun im Räume von Ghimes bis herab zum Ursprung der Putna.

Gegen diese äußerst starken Linien, vollgepackt mit Artilleriegeschützen und reichlich aufgeschleppter Munition.

Rur zwei gute Straßen führen, 50 Kilometer voneinander getrennt, überhaupt durch dieses menschenleere, unwirtliche Gebirge.

arbeitenden Kolonnen war fast unmöglich, jede war allein auf sich selbst angewiesen, und nur Mann gegen Mann konnte man sich hier sozusagen von Baum zu Baum vorkämpfen.

Eisgang auf der Elbe.

Aus Hamburg wird geschrieben: Oben von der großen Eisbrücke im Rehdeler Gebiet blickt man wie auf einen mächtigen Gletscher herab, der ins Gletzen gekommen ist.

Hamburgs Wasserstraßen hat der Winter inzwischen alle mit Eis verstopft. Der Verkehr ruht. Kalt und öde liegt das große Hafengebiet da.

Aber nun gilt es, die Eismassen in Bewegung, die Fahrtrinnen offen zu halten.

dann ruckweise, lang nachdrängend, bis der Bug sich über das Eischaos emporhebt.

Heeresprache.

Rein Gebiet unserer Sprache wimmelt so von Fremdwörtern wie die Heeresprache.

Das schnellste amerikanische Motorboot.

In den Vereinigten Staaten haben auch während des Krieges die Motorbooter ihre Fortschritt und gute Beteiligung gefunden.

Notizen.

Gerhart Hauptmann hat, wie die „Voss. Zig.“ erzählt, ein geschäftliches Drama „Montezuma“

Gustav Schönlender. In Karlsruhe, wo er seit 1880 als Lehrer an der Kunstakademie wirkte,

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman von Gabriela Japoldke.

In Tagejews Augen bligte etwas auf. Er begann plötzlich zu lachen.

„Ihr habt uns dort nicht sonderlich gern, wie? Ich habe in Eurem Land einmal im Theater ein Nationalstück gesehen,

„Herr Polizeimeister, davon kann jetzt nicht die Rede sein. Dort auf dem Stadtwall liegt vielleicht ein Mensch im Sterben.“

„Ach, gleich im Sterben!“

„Herr Polizeimeister, ich kam her, Sie zu bitten, daß Sie jemand hinschicken. Ich will mitgehen und ungefähr die Stelle angeben, von wo der Schrei ertönte und wo die Lebertäter entamen.“

„Schön, ich werde meine Leute hinschicken, sobald sie kommen. Sie sind angeblich beschäftigt. Hier gibt es jeden Abend Ueberfälle.“

„Oder vielleicht trinken Sie Tee? Bei mir dampft der Samowar ununterbrochen Tag und Nacht.“

Er zeigte mit der Hand nach dem Speisezimmer, wo auf einem mit Sandelabern erleuchteten Tisch tatsächlich ein blitzender Samowar, zwei Flaschen mit Rum und Wein und eine Zuckerpyramide mit einem daneben liegenden kleinen Beil standen.

„Ach, lieber Herr,“ erwiderte Tagejew schlau, indem er sich den Kopf kratzte.

Klitzki fühlte, daß Tagejew von ihm alles wissen wollte, was er gesehen hatte.

„Der Polizist ist nicht zu dem Ueberfallenen zurückgekehrt, er hat mit den Spitzbuben die Beute geteilt.“

Tagejew erhob sich, schob die Hände in die Rocktaschen und trat so nahe zu Klitzki heran, daß dieser seinen von Tabak, Pfefferminz und Alkohol gesättigten Atem fühlte.

„Sie haben es gesehen?“ wiederholte er nervös.

„Ja, mit eigenen Augen!“ entgegnete Klitzki.

„Sie können es nicht genau gesehen haben!“ sagte der Polizeimeister und jedes seiner Worte klang hart und deutlich.

„Keine polizeiliche Assistentz will ich Ihnen geben. Aber was den Polizisten betrifft, der die Beute geteilt haben soll, so müssen Sie wissen, daß die Polizeibeamten oft ihre alte Uniform verkaufen, und ein Spitzbube vielleicht einen solchen alten Rock angezogen hat.“

„Nein, er trug die richtige Uniform.“

„Wie eigensinnig Sie sind! Ich rate Ihnen, solche Sachen nicht weiter zu erzählen, das könnte Ihnen nur schaden.“

Kan sah, wie Tagejew sich aus aller Kraft beherrschte, um den frechen Fremdling aus Aratau nicht auf seine Weise zum Gehorham zu zwingen.

„Nun, Sie sind jetzt bei uns.“

„Verzeihen Sie, ich kam nicht hierher, um Ihnen und der Polizei einen Besuch zu machen.“

„Ja, aber Sie halten sich jetzt bei uns auf und Sie müssen tun, was ich Ihnen befehle.“

Er musterte Klitzki mit einem furchtbaren Blick und ging zum Fenster.

Höflichstes Schweigen herrschte im Zimmer. Klitzki bebte vor Erregung, beschloß aber gleichzeitig, nicht zu schwärzen.

„Da sind meine Leute!“

Klitzki sah ihn erkannt an. Das Gesicht des Polizeimeisters hatte einen höflichen Ausdruck angenommen.

„Gehen Sie mit meinen Leuten nach dem Stadtwall. Ich kann nicht mitgehen. Ich bin krank. Aber man wird mich dort vertreten.“

„Ich bitte, gehen Sie!“

Er öffnete die Tür nach dem Vorzimmer. Klitzki ging mit einer leichten Verbeugung an ihm vorüber.

„Wie heißen Sie?“

„Bladyslaw Klitzki.“

„Haben Sie einen Paß?“

(Fortf. folgt.)

